

wendet sich gegen die Deutschnationalen, bei denen bereits eine wahre Seelenruhe hinsichtlich der Außenpolitik eingekehrt sei. Ueber das Friedensmemorandum, gegen das die Deutschnationalen sich wandten, sei man schon weit hinausgegangen. Seine Partei habe den Auftrag, zu untersuchen, wie weit die Gesetze verfassungsändernd seien. Wie die Davesgesetze, so laufe auch der Sicherheitspakt darauf hinaus, Deutschland unter die Herr-

Kraft der kapitalistischen Weltmächte, einschließlich Amerikas, zu bringen. Das Ziel werde den Westmächten erleichtert durch die oberflächliche und leichtfertige Diplomatie des Außenministers, die auch sein Memorandum vom Februar feingedachte. Mit seinen Invektiven gegen meine besessene Persönlichkeit hat er einen Luststoß getan. Es wird ihm nicht gelingen, mich zu distanzieren. Die Tatsache des Ueberlesungsfehlers beim Londoner Vertrag läßt sich nicht wegleugnen. Das französische Entgegenkommen in der Räumungsfrage war nur von der Absicht diktiert, den Sicherheitspakt Deutschland schmackhaft zu machen und den Außenminister Dr. Stresemann im Amt zu halten. Entweder man verzichtet auf Esab-Vorbringen oder man verzichtet nicht, einen Mittelweg gibt es nicht. Von allen Rednern hier hat allein der Kommunist Stöcker die Dinge beim richtigen Namen genannt. Redner wendet sich zum Schluß gegen einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Reichskanzler Dr. Baumbach:

Mit ist es in diesem Augenblicke unbekannt, wie sich der formelle Abschluß dieser außenpolitischen Debatte gestalten wird. Es steht aber fest, daß eine große Mehrheit des Reichstages im Endergebnis sich im Einklang mit der Note der Regierung an die französische Regierung befindet. Mit dieser Stellungnahme des Reichstages stellt sich die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter die Regierung für deren Außenpolitik.

Auf die weitgehende Zustimmung der einstimmig und unter der gesamten Verantwortlichkeit eingenommenen Haltung legt die Regierung ein besonderes Gewicht. Bei den kommenden Verhandlungen muß sich die Taktik der Sachlage anpassen und kann nicht vorher erleichtert werden. Das Ziel wird immer sein, eine dauernde Grundlage für den europäischen Frieden zu schaffen. Deutschland kann einen Sicherheitspakt nur auf der Grundlage voller Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit eingehen. (Lebhafter Beifall.) Auch die großen neuen Reichsgedanken, die das Grundgerippe des Völkerbundes darstellen, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dürfen da nicht durch eine neue Abmachung geschmälert werden. (Lebhafter Beifall.) Auch hinsichtlich der Völkerbundfrage möchte ich noch einmal aussprechen, daß die Darlegungen, die die deutsche Regierung vor dem Septembermemorandum betreffend den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gemacht hat, und auf die sie jetzt wiederum hinweist, gerade von dem Verlangen der deutschen Regierung getragen sind, eine

wirkliche Gleichberechtigung im Völkerbund für Deutschland zu erzielen. Eine solche Gleichberechtigung kommt noch nicht durch die lediglich formelle gleichmäßige Geltung der Paragraphen zum Ausdruck, denn so gesehen, kann formales Recht und Wahrheit untreu sein. (Beifall.) Wirkliche Gleichberechtigung beruht vielmehr in der Anerkennung, daß die tatsächlich gegebenen Verhältnisse berücksichtigt werden müssen, um eine wirkliche Gleichberechtigung herzustellen.

Der § 16 der Völkerbundssatzung enthält für Deutschland gegenüber den anderen Ländern, solche Abweichungen, daß Deutschland auf eine Anerkennung dieses Umstandes und entsprechende Regelung der Verhältnisse, ein, wie mir scheint, sachliches Anrecht hat. Besonders

die Abrüstungsfrage

wird hier akut. Es ist ein vollkommen unhaltbarer Zustand, daß, während der gleichzeitigen Durchführung der Entwaffnung bis zu einem Grade, der Deutschland im wahren Sinne des Wortes wehrlos gemacht hat, andere Länder in ihrer Entwaffnung fortfahren und so die im Versailles Vertrag proklamierte allgemeine Abrüstung zu einem toten Buchstaben machen. Gegenüber dieser Sachlage muß Deutschland dafür sorgen, daß es mindestens eine gerechte Gewähr dafür bekommt, daß

sein Gebiet nicht aufmarschierfähige und Operationsplan für die militärischen Auseinandersetzungen

werden kann, die aus dem allgemeinen Rüstungswettbewerb trotz des Völkerbundverfahrens entstehen können. (Sehr gut!) Kein Zweifel ist darüber aufgetaucht, daß die endgültige Regelung der jetzt in Erörterung befindlichen allgemeinen Fragen erst möglich ist, wenn alle mit der Entwaffnungsfrage zusammenhängenden Fragen und auch die Räumung der Rheinlande diplomatisch geregelt ist. Auch das sogenannte Invektionsprotokoll entspricht nicht dem Geiste der jetzt erstrebten neuen Abmachungen. Für ganz selbstverständlich halte ich es, daß die jetzt im Gange befindliche

Räumung der Ruhr

nicht nur etwa eine Truppenverlegung darstellt. Zu der von mehreren Rednern in dieser Richtung geäußerten Sorge kann ich mitteilen, daß bisher keine Tatsache für die Bezeugung dieser Befürchtung vorliegt. Gegenüber mehreren Bemerkungen aus dem Hause stelle ich fest, daß nach Auffassung der Reichsregierung hinsichtlich der Auswirkung des Sicherheitspaktes so verfahren werden muß, daß diese Rückwirkungen eintreten. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß bei aller Aussicht in die großen Entwicklungsmöglichkeiten der europäischen Politik und der Verbundtheit des deutschen Schicksals mit dieser Gesamtweltentwicklung es für die deutsche Regierung eine naheliegende Pflicht ist, nach allen Kräften unseren Volksgenossen und besonders denen, die für das ganze deutsche Volk die schwere Last der Befragung getragen haben, zu helfen. Auch ich benutze die Gelegenheit der großen politischen Aussprache, um dem deutschen Volke an Rhein, Ruhr und Saar den Gruß des Vaterlandes

zu übermitteln. (Lebhafter Beifall.) Mit besonderer Anteilnahme aber auch diejenigen zu begrüßen, deren endgültige Befreiung noch nicht geschehen hat. (Lebhafter Beifall.) Die Teil unseres deutschen Volkes wird am besten gebiert, wenn die Vorstellung von der Notwendigkeit eines wirklichen Friedens in Europa sich auch außerhalb Deutschlands immer mehr ausbreitet. Die deutsche Regierung wird zur Herbeiführung eines endgültigen Friedens alles tun, was in ihren Kräften steht. (Lebhafter Beifall redt.)

Hg. Dr. Rosenfeld (Komm.): Wenn man vorher von einem Konflikt Stresemann-Schleier sprach, so kann man jetzt ebenso von einem Konflikt Stresemann-Luther reden, denn der Reichskanzler hat die auch von uns gebilligten Vorbehalte für den Eintritt in den Völkerbund und den Abschluß des Sicherheitspaktes gemacht, die Stresemann nicht gemacht hat. Es ist kein Zufall, daß in diesem Augenblicke die beiden Finanzmächte Amerikas und Englands in Berlin weilen; sie haben natürlich das größte Interesse daran, daß Deutschland völlig zum Landrecht der kapitalistischen Weltmächte gegen Rußland wird. Das würde aber geschehen beim Abschluß des Sicherheitspaktes und beim Eintritt in den Völkerbund.

Hg. von Gräfe (völk.): Der Reichskanzler ist mit keinem Worte auf die Entwaffnungsfrage und auf die Luftfahrfrage eingegangen. Mit dem Sicherheitspakt wird tatsächlich der Verzicht auf Esab-Vorbringen ausgesprochen. Wenn der Reichskanzler in diesem Zusammenhange vom Selbstbestimmungsrecht spricht, so soll damit wohl der Glaube erweckt werden, als hätten die im Stich gelassenen Esab-Vorbringer dieses Recht noch. Wir protestieren gegen eine solche Verschönerung des Volkes. (Präsident Loebe: Ich nehme an, daß Sie nicht einem Mitgliede des Hauses oder der Regierung Schimpfen vorwerfen wollen.) Ich mache den Vorwurf der objektiven Täuschung der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien.

Präsident Loebe ruft den Hg. v. Gräfe wegen seiner Worte gegen die Regierung zur Ordnung.

Hg. Landsberg (Soz.) gibt für seine Fraktion die Erklärung ab, die Sozialdemokraten stellen mit Genugtuung fest, daß jetzt auch die Parteien der Rechten die Erfüllung der Vorbehalte des Reichstages könnten sie aber einem Billigungsantrag für die Regierung nicht zustimmen, zumal diese Regierung alle Lasten des Friedensvertrages auf die Arbeiter abwälzen wolle.

Antwort der Regierungsparteien

ist eingegangen: Indem der Reichstag über die Mißtrauensanträge der Völkischen und Kommunisten zur Tagesordnung übergeht, billigt er die Antwortnote und die darin zum Ausdruck kommende politische Stellungnahme der Reichsregierung.

Hg. Koch-Weber (Dem.) erklärt, die Demokraten hätten ein für die Regierung eingebrachtes Vertrauensvotum ablehnen

Das neue holländische Kabinett.

Amsterdam, 23. Juli. Die Presse gibt heute bereits die voraussichtlichen Mitglieder des neuen Kabinetts bekannt: Colijn, Finanzminister und Ministerpräsident; van Dijk, Kriegsminister; Westerveld, Marineminister; van Karnebeek, Außenminister; Rutgers, Minister für Arbeit, Handel und Industrie; de Geer, Justizminister; Bongers, Minister für Wasserverwaltung; Koolen, Minister des Innern und wahrscheinlich auch für Unterricht. Weiter besteht Aussicht, daß noch ein neues Ministerium für Landbau geschaffen wird. Als Kandidat dafür wird das Mitglied der Ersten Kammer, Diepenhoof, genannt.

Es ist fraglich, ob Minister de Graaf Leiter des Kolonialamtes bleiben wird. Als seinen Nachfolger nennt man den Abgeordneten van Rijckevorsel. Da der Ministerpräsident protestantisch ist, wird die Römisch-Katholische Partei den Posten des Präsidenten der Zweiten Kammer verlangen. In einer kürzlichen Sitzung hat die sozialdemokratische Partei heftig gegen ein Ministerium unter Leitung von Colijn protestiert.

Die polnische Antwortnote überreicht.

tu. Berlin, 23. Juli. (Tel.) Wie die Morgenblätter aus Warschau melden, ist die Antwortnote der polnischen Delegation von dem polnischen Bevollmächtigten Prodeinsty dem deutschen Delegationsleiter, Erzengel Le-wald, überreicht worden. Die Note, die drei Seiten umfaßt, enthält keine neuen Anregungen, die einen Ausgangspunkt für die weiteren Verhandlungen bilden könnten. Auf Grund der früheren Erklärungen der deutschen Regierung ist vorauszusetzen, daß die polnische Antwortnote in Berlin nicht als eine genügende Grundlage für weitere Verhandlungen angesehen werden wird und daß daher die Verhandlungen als unterbrochen zu betrachten sind. Jedoch herrscht Uebereinstimmung darüber bei den beiden Delegationen, spätestens am 16. September wieder zusammenzutreten, um über die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zu beraten.

Abd el Krims angebliche Friedensbedingungen.

Verhandlungsführer Spaniens.

tu. London, 23. Juli. (Tel.) Wie „Westminster Gazette“ berichtet, ist Abd el Krims bereit, Friedensverhandlungen auf folgenden Grundlagen zu eröffnen:

1. Der Risikaaufstand soll anerkannt und vom Völkerbund mit einem Stande ähnlich dem von Afghanistan garantiert werden.
2. Der Sultan von Marokko soll von den Riffleuten als oberster Führer anerkannt werden.
3. Das ganze Gebiet der Djeballa soll in den Risikaaufstand eingeschlossen und Nordufer des Flusses Uergha die sichbare Staatsgrenze bilden.
4. Spanien soll Ceuta und Melilla als Verteidigungsbasis, sowie die Eisenergruben südlich von Melilla behalten. Die Riffleute sollen die Erlaubnis erhalten, ein stehendes Heer zu unterhalten. Für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes werde der Völkerbund gebeten, eine kleine Anleihe zu gewähren. Frankreich und Spanien sollen Eisenbahnkonstruktionen für Handel und Eisenbahnkonstruktionen angeboten werden.

Diese Bedingungen würden, wie es heißt, von Abd el Krims angeboten, sobald Aussicht darauf bestünde, daß sie angenommen würden. Wie das gleiche Blatt erzählt, seien die Riffleute gewillt, ein Drittel der französischen und spanischen Gefangenen ohne Lösegeld freizulassen und ihre politischen Agenten aus dem französischen Protektorat zurückzuführen.

tu. London, 23. Juli. (Tel.) Die „Times“ meldet aus Gibraltar, daß Echegarai sich gestern von neuem nach Algerien eingeschifft habe, um mit Abd el Krims neuerdings in Verhandlungen einzutreten.

w. Paris, 23. Juli. (Tel.) Nach einer vom „Matin“ wiedergegebenen Meldung ist Abd el Krims der angekündigte Brief übergeben worden, in dem er gefragt wird, ob er Verhandlungen annehme. Wenn seine Antwort, sagt das Blatt, befriedigend ausfalle, dürften die französische und die spanische Regierung eine Delegation bilden, die sich zu Abd el Krims begeben würde, um ihm die von den beiden Regierungen festgelegten Friedensbedingungen mitzuteilen.

„Newport Herald“ zufolge erwartet man in französischen autorisierten Kreisen den Beginn von Verhandlungen und einen günstigen Abschluß.

Die Mächte einig über die Chinakonferenzen.

Chinesenunruhen auch auf Sumatra.

tu. New York, 23. Juli. (Tel.) In einer amtlichen Erklärung wird festgestellt, daß zwischen den Vereinigten Staaten und den übrigen Großmächten über die Einberufung einer China-Konferenz Uebereinstimmung erzielt worden sei. Das Uebereinkommen sieht zwei Konferenzen vor und zwar eine unter Beteiligung der Großmächte ohne China und eine andere mit Beteiligung Chinas.

tu. Berlin, 23. Juli. (Tel.) Der „D. A.“ meldet aus London, daß England, Amerika und Japan eine gemeinsame Note aufgestellt haben, die dieser Tage an China übergeben wird. Der einzig sichtbare Zweck dieses Dokumentes sei wahrscheinlich die Betonung der Tatsache gegenüber China, daß keine Meinungsverschiedenheiten mehr zwischen den drei genannten Mächten bestehen.

Die Gärung in China greift nach einer Meldung aus Niederländisch-Indien nunmehr auch auf die Russen über, die auf Sumatra arbeiten. Aus Malakka und Medan werden Unruhen der dortigen chinesischen Bevölkerung gemeldet. Es wurden Flugblätter verbreitet, die die chinesische Bevölkerung zum Widerstand gegen die Polizei und gegen die Behörden auffordern, weil diese englandfreundlich seien. Ver-

müssen, dem vorliegenden Billigungsantrag würden sie zustimmen, da er sich nur auf die von ihnen gebilligte Außenpolitik beziehe.

Die Abstimmung.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte über die Reihenfolge der Abstimmungen, für die die Völkischen und Kommunisten namentliche Abstimmung beantragen, kommt zunächst der Billigungsantrag der Regierungsparteien zur namentlichen Abstimmung. Sie ergibt die Annahme des Antrages mit 235 gegen 158 Stimmen bei 13 Enthaltungen. Die weiteren Anträge sind damit erledigt und die außenpolitische Debatte abgeschlossen. Die in Verbindung damit stehenden Ergänzungshaushalte werden in zweiter Lesung unverändert angenommen.

Nach 48 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 14 Uhr: Veränderung der Personalabgabenordnung dritte Lesung; Amnestiegesetz; Gesetzentwurf über das Recht zum Tragen der Militäruniform und kleinere Vorlagen

Von Nah und Fern.

Päpstliche Auszeichnungen.

tu. Berlin, 23. Juli. (Tel.) Die Morgenblätter melden aus Augsburg: Anlässlich des 60-jährigen Priesterjubiläums des Bischof Maximilian von Lingg hat Papst Pius XI. den Domdechant Friesenegger, den Domkapitular Dr. Gerle und den Generalvikar Müller zu päpstlichen Hausprälaten und den Geistlichen Rat Schwaib zum päpstlichen Geheimsekretär ernannt.

„Sprit-Weber“ in Norwegen verurteilt.

w. Dronheim, 23. Juli. (Tel.) Das Gericht auf der Insel Hitteren verurteilt den bekannten Spiritusmuggler Richard Martin Weber aus Hamburg zu sechs Monaten Gefängnis und 1000 Kronen Geldstrafe. Dem Antrage auf Einziehung des Schmugglerschiffes „Paul Weber“ wurde Folge geleistet, doch wurde das Pfandrecht der Firma Jard und Söhne an dem Schiff in Höhe von 25 000 Goldmark aufrechterhalten. Weiter beschloß das Gericht, von Richard Weber 96 000 Kronen für eingeschmuggelten Spiritus einzuziehen.

Eine Uhr nach zwölf Jahren wiedergefunden.

X. München, 23. Juli. Auf einer Hochgebirgstour fanden sechs Touristen beim Abstieg von der Saluga in den Tiroler Alpen, in der Nähe der Ulmer Hütte, eine wertvolle goldene Uhr mit Kette. Wie sich nun herausstellte, gehörte diese Uhr dem Grafen Zeppelin von den Zeppelinwerken in Staaken, einem Verwandten des alten Grafen Zeppelin. Die Uhr war 1913 bei einer Stitur verloren gegangen. Lange Jahre wurde nach der Uhr gesucht. Nun erst wurde sie am Rande eines Schneefeldes gefunden.

Niesensummen verpielt.

Wien, 23. Juli. In den vornehmen Wiener Klubs M in der letzten Zeit von der Hochartikulation wieder sehr viel Geld verloren worden. So haben Graf Philipp Gudenus 7 Millionen (ungefähr 420 000 Mark), Graf Franz Hun-Hohenstein 15 Millionen (ungefähr 900 000 Mark) im Hazardspiel verloren.

Ein deutsches Flugzeug abgeführt.

w. Baden (Schweiz), 23. Juli. (Tel.) Gestern abend gegen 11 Uhr führte bei einer Notlandung in der Nähe von Unter-Siggenthal (Kanton Aargau) ein deutsches Flugzeug ab. Einer der Insassen, ein Dr. Lindenberg aus Baden-Baden, verunglückte tödlich. Die drei übrigen Insassen erlitten leichtere Verletzungen. Das Flugzeug befand sich auf dem Fluge von Stuttgart nach München, wurde vom Winde nach der Schweiz abgetrieben und verlor in der Dunkelheit die Orientierung. Nach dreistündiger Irrfahrt, auf der das Flugzeug bis über Zürich gewesen ist, konnte der Führer des Flugzeuges in der Nähe von Baden eine Notlandung vornehmen. Hierbei erfolgte dann der Absturz.

Die letzten Meldungen.

Das amtliche Ergebnis der französischen Generalkonferenzen.

X. Paris, 23. Juli. (Tel.) Das Ministerium des Innern veröffentlicht eine amtliche Statistik mit vergleichenden Zahlen über die Verteilung der 1496 zu vergebenden Generalkonferenzen unter die Parteien. 109 Sitze sind noch nicht vergeben, da Stichwahlstatistiken fehlen. Die 1296 vergebenen Sitze verteilen sich auf die einzelnen Parteien, wie folgt: Konservative 123 (157), Republikaner oder demokratisch-republikanische Vereinigung 198 (252), Linksrepublikaner 215 (317), rechtsstehende Radikale und radikale Dissidenten 93 (61), Radikale (Herriot) 526 (559), sozialistische Republikaner Paul-Louis-Briand) 57 (47), Sozialisten 82 (88), Kommunisten 2 (17). In der Kammer sind die Zahlen der Sitze vor der Wahl angegeben. Einen Vergleich gestalten sie nicht, da die noch nicht entschiedenen Wahlen bei diesen Zahlen natürlich eingebracht sind. Erst die 199 Stichwahlen werden das ermöglichen. Der Fortschritt der Radikalen ergibt sich daraus, daß sie ohne Stichwahlen schon beinahe die alte Zahl erreicht haben.

Die Bildung des neuen portugiesischen Kabinetts.

tu. Paris, 23. Juli. (Tel.) Wie der „Temps“ berichtet, ist General Farin mit der Bildung des portugiesischen Kabinetts beauftragt worden.

Markt- und Frankenschuldnottierungen.

h. New York, 23. Juli. (Funkpruch.) Schlußkurs der Markt: 23,80—82. 100 Franken gleich 4,72 Dollar.

Geldnotennotierungen.

h. Chicago, 23. Juli. (Funkpruch.) Schlußnotierungen: Weizen: Juli 150%, Sept. 148, Dez. 148%, stetig; Mais: Juli 108%, Sept. 104, Dez. 87, stetig; Hafer: Juli 43%, Sept. 44%, Dez. 44%, unregelmäßig; Roggen: Juli 88, Sept. 96, Dez. 99%, ruhig.

Baumwollnotierungen.

h. Bremen, 23. Juli. (Eig. Draht.) Schlußnotierungen: Sept. 26,31—75; Oktober 26,00—06; Dezember 26,06—11; Jan. 26,27—26,08; März 26,10—18; Mai 26,29—32.

h. Liverpool, 23. Juli. (Funkpruch.) Umsatz 5000, Import 8000, f. d. Export 2000. Schlußnotierungen: Iota 18,48; Juli 18,06, August 18,41; Sept. 18,23; Oktober 18,10; Nov. 12,98; Dez. 13,01; Jan. 13,02; Febr. 13,02; März 13,06; April 13,06; Mai 13,10; Juni 13,08.

h. New York, 23. Juli. (Funkpruch.) Gut behauptet. Schlußnotierungen: Iota 25,35; Juli 24,59—59; August 24,60—80; September 24,75—75; Oktober 24,91—91; Dez. 24,98—93; Jan. 25,07 bis 08; März 24,51—53; April 24,84—84; Mai 25,05—07. Zufuhr: Atlantik 2000, Golf 3000.

2. Hundstags

als Hundstags. Der Name rührt von dem Sternes im Stern am 23. Juli. Löwen tritt. Eintritt der Sommerhitze. Temperatur der Luft Celsius liegt. Erfrischendem aufsteigen, jetzt treten, ergeben ganz abgelebte enorme und

2. Jungfrau

Teilnehmer. Abend 8,30 U. war, in der St. M.

Sonntag und sein diesjährig schloß, deren 20 Jahre entfallen. Aus den alten und die im B. Die alten Sch. Patron erwähnt. Als bewaffnete Gedanken der Organisierte. Schützenvereine. Jahre 1884, die herrschende Schützenfest im 85. brandwein anstehend. Beiträge der 2. Stüber betru der Behörde, d. Nachdem das 2. Jahrhunderts er im Jahre 1852 Mitgliederbestand noch das sogen. Bernhard von Organisationen sehen, daß der zu hüten hat. Heiligtum, und das diesjährige brachte Weise der Stadtschreib. befehlung der al Vertiefung des wünschen wir i. Wachsen, Wähle. jender Weise se

2. Fliegerb

flog ein Einde. Ofen und ver

2. Eindruck

Donnerstag wu brochen. Die 2. Rückseite des H. erbrachte eine Schlüssel entnah 6 Flaschen Wein. 2. Aus dem termine vor den fachen zur Ver eine Strafverfü. Nichtreinigung d. dung beantragt. eingestellt. — W. Straferfüllung störenden Bärms. tragt. Sie wur freigesprochen. den Strafbefehl Browningpistole. Termine jurist. werbes im Umh. einen hiesigen Staatskosten ein Arbeiter wegen verlegt. — Ein gehen — er h. Morgens Badar. 30 Mark verurte verbotswidrig R. freigesprochen. Sie 10 Mark Ge. Speiteur wegen zu haben, ohne Vernehmung ein wegen unbefu. Munition wurde nachgewiesen we vernommen we. Körperverletzung. weiterer Beweis. ein Händler hatt. hatten ein Fahr. schloß erlangt w. sah bei anderen als Fehler im st. erhielt bei sofort. Jahre, die Straf. Aussicht auf Be. sprach, sein Lebe. Gefängnisstrafe. Aussicht auf Beg.

2. Fliegerb

flog ein Einde. Ofen und ver

2. Eindruck

Donnerstag wu brochen. Die 2. Rückseite des H. erbrachte eine Schlüssel entnah 6 Flaschen Wein. 2. Aus dem termine vor den fachen zur Ver eine Strafverfü. Nichtreinigung d. dung beantragt. eingestellt. — W. Straferfüllung störenden Bärms. tragt. Sie wur freigesprochen. den Strafbefehl Browningpistole. Termine jurist. werbes im Umh. einen hiesigen Staatskosten ein Arbeiter wegen verlegt. — Ein gehen — er h. Morgens Badar. 30 Mark verurte verbotswidrig R. freigesprochen. Sie 10 Mark Ge. Speiteur wegen zu haben, ohne Vernehmung ein wegen unbefu. Munition wurde nachgewiesen we vernommen we. Körperverletzung. weiterer Beweis. ein Händler hatt. hatten ein Fahr. schloß erlangt w. sah bei anderen als Fehler im st. erhielt bei sofort. Jahre, die Straf. Aussicht auf Be. sprach, sein Lebe. Gefängnisstrafe. Aussicht auf Beg.

2. Fliegerb

flog ein Einde. Ofen und ver

2. Eindruck

Donnerstag wu brochen. Die 2. Rückseite des H. erbrachte eine Schlüssel entnah 6 Flaschen Wein. 2. Aus dem termine vor den fachen zur Ver eine Strafverfü. Nichtreinigung d. dung beantragt. eingestellt. — W. Straferfüllung störenden Bärms. tragt. Sie wur freigesprochen. den Strafbefehl Browningpistole. Termine jurist. werbes im Umh. einen hiesigen Staatskosten ein Arbeiter wegen verlegt. — Ein gehen — er h. Morgens Badar. 30 Mark verurte verbotswidrig R. freigesprochen. Sie 10 Mark Ge. Speiteur wegen zu haben, ohne Vernehmung ein wegen unbefu. Munition wurde nachgewiesen we vernommen we. Körperverletzung. weiterer Beweis. ein Händler hatt. hatten ein Fahr. schloß erlangt w. sah bei anderen als Fehler im st. erhielt bei sofort. Jahre, die Straf. Aussicht auf Be. sprach, sein Lebe. Gefängnisstrafe. Aussicht auf Beg.

2. Fliegerb

flog ein Einde. Ofen und ver

2. Eindruck

Donnerstag wu brochen. Die 2. Rückseite des H. erbrachte eine Schlüssel entnah 6 Flaschen Wein. 2. Aus dem termine vor den fachen zur Ver eine Strafverfü. Nichtreinigung d. dung beantragt. eingestellt. — W. Straferfüllung störenden Bärms. tragt. Sie wur freigesprochen. den Strafbefehl Browningpistole. Termine jurist. werbes im Umh. einen hiesigen Staatskosten ein Arbeiter wegen verlegt. — Ein gehen — er h. Morgens Badar. 30 Mark verurte verbotswidrig R. freigesprochen. Sie 10 Mark Ge. Speiteur wegen zu haben, ohne Vernehmung ein wegen unbefu. Munition wurde nachgewiesen we vernommen we. Körperverletzung. weiterer Beweis. ein Händler hatt. hatten ein Fahr. schloß erlangt w. sah bei anderen als Fehler im st. erhielt bei sofort. Jahre, die Straf. Aussicht auf Be. sprach, sein Lebe. Gefängnisstrafe. Aussicht auf Beg.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 24. Juli 1925.

1. Hundstage. Gestern war der erste Tag der seit Alters her als Hundstage bezeichneten Zeit der größten sommerlichen Hitze. Der Name rührt her vom Frühaustritt des Sirius, des größten Sternes im Sternbild des großen Hundes, vor der Sonne, die am 23. Juli aus dem Zeichen des Krebses in das Zeichen des Löwen tritt. Die Hundstage enden am 23. August mit dem Eintritt der Sonne in das Zeichen der Jungfrau. Die sprichwörtliche Hundstagehitze kann kaum eine Steigerung der Temperatur der letzten Tage bringen, die schon ständig über 30 Grad Celsius liegt. Die ganze Natur ist ausgetrocknet und verlangt nach erfrischendem Regen. Aber alle Wolken, die von Zeit zu Zeit aufsteigen, ziehen weiter. Wenn nicht bald Niederschläge eintreten, ergeben sich wesentliche Gefahren für die diesjährige Ernte, ganz abgesehen von den gesundheitlichen Unzulänglichkeiten, die die enorme und ungewohnte Hitze für die Menschen mit sich bringt.

2. Jungfrauen-Kongregation Klebräuen. Die Andacht für die Teilnehmerinnen an der Wallfahrt nach Reveler findet heute Abend 8.30 Uhr, wie auch in der gestrigen Anzeige angegeben war, in der St. Agnes-Kirche statt, nicht in der Klebräuenkirche.

3. St. Antonius-Schützenverein. Am kommenden Samstag, Sonntag und Montag feiert der St. Antonius-Schützenverein sein diesjähriges Schützenfest. Aus der St. Antonius-Bruderschaft, deren Gründung im 16. Jahrhundert erfolgte, vor 291 Jahren entstanden, ist er der älteste Verein der Stadt Bocholt. Aus den alten Protokollbüchern ist manches über den Werdegang und die im Verein gepflegten Sitten und Gebräuche zu erfahren. Die alten Schützenbruderschaften, die einen heiligen als ihren Patron erwählten und verehrten, hatten stark religiösen Charakter. Als bewaffnete Gilden gingen sie hervor aus dem Selbstschutzbegriffen der Bürger, die sich in unruhigen Zeiten militärisch organisierten. In den Protokollbüchern des St. Antonius-Schützenvereins finden wir bereits Aufzeichnungen aus dem Jahre 1684, die Aufschluss geben über das damals in der Gilde herrschende Leben bei den Festen und Königstagen. Von einem Schützenfest im Jahre 1701 lesen wir, daß „1 1/2 Tonnen Bier, 8,5 brandwein und 10 halbe Dore“ verzehrt wurden. Es wurde anscheinend munter gezecht. Die Unkosten wurden durch Beiträge der Mitglieder gedeckt, die im Jahre 1778 jeden Monat 2 Stüber betrugen. Der Verein erfreute sich stets der Sympathie der Behörde, der Bürgermeister nahm sehr oft an den Festen teil. Nachdem das Vereinsleben in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts etwas zurückgegangen war, lebte die Schützengilde im Jahre 1852 wieder auf und beschloß bald wieder einen stattlichen Mitgliederbestand. Bis zum heutigen Tage besitzt der Verein noch das sogenannte Königsbüchel, ein Geschenk des Fürstbischofs Bernhard von Galen, der die Schützengilden als militärische Organisationen außerordentlich förderte. Aus all diesem ist zu sehen, daß der St. Antonius-Schützenverein eine große Tradition zu hüten hat. Unter der Leitung des Ehrenvorsitzenden Herrn Heilmann und des 1. Vorsitzenden, Herrn Hogenkamp, wird das diesjährige Schützenfest sicher wieder in würdiger, altgebrachter Weise gefeiert werden. Der Verein, der ein großes Stück der Stadtgeschichte verkörpert, kann durch die Pflege und Neubestimmung der alten Sitten und Gebräuche wertvolle Arbeit an der Vertiefung des Heimatgedankens leisten. In diesem Sinne wünschen wir ihm zu seinem Fest vollen Erfolg und ein weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen, damit er im Jahre 1934 in glänzender Weise sein 300jähriges Bestehen feiern kann.

4. Fliegerbesuch. Gestern Nachmittag gegen 1.30 Uhr überflog ein Eindecker in mäßiger Höhe unsere Stadt. Er kam vom Osten und verschwand in westlicher Richtung.

5. Einbruchdiebstahl. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wurde in der Marienapothek, Nordstraße, eingebrochen. Die Diebe, die durch ein offenes Fenster an der Rückseite des Hauses in der Gartenstraße eingedrungen waren, erbeuteten eine Schreibschreibmaschine, aus der sie verschiedene Schlüssel entnahmen. Sie erbeuteten 60—70 Mark Kleingeld und 6 Flaschen Wein.

6. Aus dem Gerichtssaal. Im gestrigen Hauptverhandlungstermine vor dem Preuß. Amtsrichter kamen folgende Strafsachen zur Verhandlung. Ein hiesiger Kaufmann hatte gegen eine Strafverfügung der Polizeiverwaltung Bocholt wegen Nichtreinigung der Straße vor seinem Hause gerichtliche Entscheidung beantragt. Das Verfahren wurde wegen geringfügigkeit eingestellt. — Vier hiesige Einwohner hatten ebenfalls gegen die Strafverfügung der Polizeiverwaltung, welche sie wegen ruhestörenden Lärmes erhalten hatten, gerichtliche Entscheidung beantragt. Sie wurden für nicht schuldig befunden und kostenlos freigesprochen. — Ein hiesiger Wirt nahm den Einspruch gegen den Strafbefehl, welchen er wegen Nichtablieferung einer Browningpistole nebst Munition erhalten hatte, im gestrigen Termine zurück. — Ein Verfahren wegen Ausübung eines Gewerbes im Umherziehen ohne einen Wandergewerbschein gegen einen hiesigen Schleifer wurde wegen geringfügigkeit auf Staatskosten eingestellt. — Eine Strafsache gegen einen hiesigen Arbeiter wegen Konterbande wurde zwecks Beweiserhebung verlagert. — Ein hiesiger Bäckermeister wurde wegen Gewerbevergehens — er hatte in seiner gewerblichen Bäckerei vor 6 Uhr Morgens Bäckarbeiten vorgenommen — zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurteilt. — Eine Schneiderin wurde von der Anklage, verbotswidrig Kleiderstoffe aus Holland eingeführt zu haben, freigesprochen. Wegen verbotener Grenzüberbreitung erhielt sie 10 Mark Geldstrafe. — Eine Strafsache gegen einen hiesigen Spektateur wegen der Beschuldigung, einen Lastkraftwagen geführt zu haben, ohne einen Führerschein zu besitzen, wurde zwecks Vernehmung eines weiteren Zeugen verlagert. — Eine Strafsache wegen unbefugten Besitzes zweier Browningpistolen nebst Munition wurde verlagert, da die ordnungsmäßige Abgabe nicht nachgewiesen werden konnte. Der Angeklagte soll kommissarisch vernommen werden. — Eine Strafsache wegen gefährlicher Körperverletzung und zwar mittels eines Messers wurde zwecks weiterer Beweiserhebung verlagert. — Ein hiesiger Arbeiter und ein Händler hatten sich wegen Hehlerei zu verantworten. Sie hatten ein Fahrrad, von dem sie wußten, daß es mittels Diebstahls erlangt war, an sich genommen, verborgen, zu dessen Abschluß bei anderen mitgewirkt, bezw. es angekauft und zwar ersterer als Hehler im straffschärfenden Rückfalle. Der vorbestrafte Hehler erhielt bei sofortiger Verhaftung eine Zuchthausstrafe von einem Jahre, die Strafvollstreckung der letzten 6 Monate wurde mit Aussicht auf Begnadigung ausgesetzt, da der Angeklagte versprach, sein Leben zu bessern. Der zweite Hehler erhielt eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, deren Strafvollstreckung mit Aussicht auf Begnadigung ausgesetzt wurde.

7. Wasserentnahme und Wasserversorgung. Die städt. Licht- und Wasserwerke schreiben uns: Die jetzige trockene und warme Jahreszeit veranlaßt viele Besitzer von Wasseranschlüssen zu außerordentlicher Wasserentnahme für dauernde Gartenbewässerung, ja sogar zu Betriebszwecken wird die Wasserversorgung benutzt. Die Tagesabgabe des Wasserwerkes wird durch solche Entnahmen außerordentlich erhöht, sodaß es kaum möglich ist, dieselbe ordnungsmäßig zu fördern. Es wird deshalb im In-

teresse der Durchführung einer ordnungsgemäßen Wasserentnahme dringend gebeten, derartige Wasserentnahmen, die über den Rahmen einer Wasserversorgung als gemeinnütziges Unternehmen der Stadt weit hinausgehen, zu unterlassen, dann unmöglich kann eine Wasserleitung den ausbleibenden Regen ergeben. Insbesondere sind auch Spülkästen und Hähne auf dichten Verschluss nach Gebrauch zu prüfen und nötigenfalls reparieren zu lassen, damit auch solche Wasserentnahmen vermieden werden. Es wird erwartet, daß diese Mahnung allgemein beachtet wird, damit anderweitige kostspielige Maßnahmen zur Verhütung übermäßigen Wasserverbrauchs unterbleiben können.

8. Bau von Bligableitern in der Provinz Westfalen. Die Westfälische Provinzialfeuerlöschgesellschaft schreibt uns: Das Preussische Gesetz betreffend die öffentlichen Feuerlöschungsanstalten vom 25. Juli 1925 schreibt den öffentlichen Feuerlöschungsanstalten — eine solche öffentliche Körperchaft ist die Westfälische Provinzialfeuerlöschgesellschaft Münster i. W. — vor, in ihren Gebieten die Feuerlöschkraft zu fördern. Dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist die Westfälische Provinzialfeuerlöschgesellschaft seit langen Jahren unter anderem bemüht, die Bewohner der Provinz Westfalen zur Anlage von Bligableitern anzuregen und zu veranlassen. Leider waren diese Bemühungen bis vor kurzer Zeit ohne nennenswerten Erfolg. Als Grund, weshalb die Hausbesitzer sich nicht zur Anlage von Bligableitern entschließen konnten, wurden immer wieder die hohen Kosten, insbesondere der Bligableiter-Materialien bezeichnet. Auch zeigte sich, daß ein Teil der für den Bligableiterbau in Frage kommenden Handwerker nicht genügend mit dem heutigen Stande der Bligableiterfrage vertraut war. Um nun den verarmten Hausbesitzer und Landwirt vor Schäden an seinem Sachvermögen zu bewahren, mußte notwendig ein Ausweg gefunden werden, der ihn in die Lage versetzte, sein Eigentum sofort und sicher gegen Bligschäden zu schützen. Der Ausweg ist durch die Provinzialfeuerlöschgesellschaft Münster i. W. gefunden worden. Er ist der kurzzeit einzig richtige und wirklich Erfolg versprechende. Die Feuerlöschgesellschaft entschloß sich nämlich, — zum Teil auf Anregung des H. Handwerks — Bligableitermaterialien einzukaufen, um dadurch den Preis erheblich zu vermindern, die Entwürfe der Handwerker für Bligableiterbauten kostenlos nachzuprüfen und die Ausführung der Bligableiteranlagen praktisch zu unterstützen, überhaupt alles aufzubieten, dem Handwerker, der Bligableiteranlagen ausführt, seine Arbeit zu erleichtern, ihm gegebenenfalls eine Arbeitsquelle oder Verdienstmöglichkeit zu beschaffen und dem Hausbesitzer und Landwirt soweit wie möglich entgegen zu kommen. Die Materialien werden von der Feuerlöschgesellschaft den Bligableiterbauenden Handwerkern nach vorheriger Vereinbarung zum Selbstkostenpreis überlassen und zwar auf Wunsch gegen zinslose Ratenzahlungen. Nur durch dieses im Interesse des Handwerks und der Sache selbst gelegene Vorgehen der Feuerlöschgesellschaft ist es, wie die Ergebnisse des Bligableiterbaues in den letzten Monaten beweisen, überhaupt möglich geworden, den in Folge der Inflationsszeit und der nachfolgenden allgemeinen Wirtschaftskrise leider völlig ins Stocken geratenen Bau von guten Bligableitern wieder in Gang zu bringen und zu fördern. Das Vorgehen der Feuerlöschgesellschaft stellt eine nicht zu unterschätzende Unterstützung des Handwerks und des Mittelstands dar, weil sie dem einschlägigen Handwerk in manchen Orten eine weitere Arbeits- und Verdienstmöglichkeit gewährt. Die Feuerlöschgesellschaft tut noch ein weiteres. Um die Gewähr dafür zu haben, daß die Bligableiteranlagen auch ordnungsmäßig und den Bedingungen des Bligableiterauschusses entsprechend angelegt werden, wird die Gesellschaft in nächster Zeit Bligableiterkurse abhalten, an welchen jeder Handwerker, der gewillt ist, Bligableiteranlagen auszuführen, kostenlos teilnehmen kann.

9. Wie schützt der Landwirt Weideweg gegen Bligschlag? Weideweg ist in hohem Maße der Bliggefahr ausgesetzt, weil es sich während eines Gewitters an die Einfriedigung herandrängt und so eine gut leitende Verbindung zwischen den eisernen Einfriedigungsdrähten und der Erde bildet. Schlägt in solchen Fällen der Blitz in die Einfriedigung ein, geht er nicht über die sehr schlecht leitenden Holzpfähle zur Erde, sondern er folgt den Drähten fast regelmäßig bis zu der Stelle, wo sich das Vieh befindet und springt hier auf den Viehkörper über. Erfreulicherweise gibt es ein einfaches und billiges Mittel, die schlimmen Folgen solcher Bligschläge abzuwenden. Man braucht nur zwischen den Einfriedigungsdrähten und der Erde eine Verbindung herzustellen, die den Blitz besser leitet, wie der Viehkörper. Das geschieht mit geringfügigen Kosten dadurch, daß man etwa alle 50 Meter an den Holzpfählen die Einfriedigungsdrähte untereinander verbindet und den Verbindungsdraht etwa einen halben Meter tief in die Erde führt. Würde von diesem einfachen Schutzmittel allgemein Gebrauch gemacht, könnten jährlich viele Tausende Stück Vieh, welche jetzt dem Blitz zum Opfer fallen, der Volkswirtschaft erhalten werden.

10. Rheide, 23. Juli. Sitzung der Gemeindevertretung. Am Montag fand eine Sitzung der Gemeindevertretung von Rheide statt, bei der unter dem Vorsitz des Herrn Amtmanns Dörner alle Mitglieder anwesend waren. 1. Wohnungsbau. Vorstehender

macht Mitteilung über den Stand des Wohnungsbaues. Die Anzahl der Darlehen an die Gelsen. Buhkamp und den Post-schaffner Heint. Ebbing kann gegen die abgegebenen Bürgschaftserklärungen, die als ausreichend angesehen wurden, erfolgen. Die Anträge — Bäder, Strüde und Tanager — werden zurückgestellt. Vorstehender macht ferner davon Mitteilung, daß mit dem Beginn des Wohnungsbaues durch den Bauverein in der nächsten Zeit zu rechnen sei. Die Sache verzögere sich dadurch, daß die „H-imfalte“ die Baugutachten noch nicht fertiggestellt habe. — 2. Antrag des Spiel- und Sportvereins auf Stifting eines Pokals für den Rasenplatz. Bei diesem Punkt kam es zu einer längeren Aussprache. Es wird gegen zwei Stimmen ein Betrag von 50 Mark bewilligt. — 3. Antrag der Mitglieder der Südkirche auf Gassenanbahn. Mit dem Gassenanbahn der Mitglieder der Südkirche erklärt sich die Gemeindevertretung grundsätzlich einverstanden. Wenn sich nämlich herausstellt, daß die Antragsteller zum größten Teil sich zur Abnahme von Gas verpflichten soll die Erweiterung des Gases erfolgen. Die Kosten der Leitung von der Mitte der Straße aus bis zum Hause sind, wie in früheren Fällen, von den Anliegern zu tragen. — 4. Instandsetzung der Gartenstraße. Vorstehender macht davon Mitteilung, daß die Anlieger der Gartenstraße sich zur unentgeltlichen Abtragung des über die Baufußfläche hinausragenden Grund und Bodens bereit erklärt hätten. Ein Gemeindeverordneter weist darauf hin, daß auch die Kirchengemeinde noch mit einem Streifen Grund und Boden in Frage komme. Mit der Kirchengemeinde soll diesbezüglich noch verhandelt werden. Es wird beschlossen, über die Kanalisation der Garten- und Burloerstraße von einem geeigneten Sachmann Plan und Kostenschätzung anfertigen zu lassen. — 5. Einrichtung einer 3. Klasse an der gewerblichen Berufsschule in Rheide. Die Versammlung erklärt sich nach Anhörung des Kuratoriums der gewerblichen Berufsschule damit einverstanden, daß eine dritte Klasse an der betreffenden Schule nach dem vom Kommissar gemachten Vorschlag eingerichtet wird. — 6. Neuwahl des Kuratoriums der gewerblichen Berufsschule in Rheide. An Stelle der ausscheidenden Mitglieder werden gewählt: Th. Albers, Joh. Defressin und Heint. Brokamp. Außerdem gehören dem Kuratorium als ständige Mitglieder an der Gemeindeverordneter und der jeweilige Leiter der Berufsschule. — 7. Aufstellung eines Grundstückes an die Provinzialstraßenverwaltung. Es handelt sich um einen kleinen Grundstreifen, anschließend an die Bachstraße bei der alten Mühle. Die Gemeindevertretung erklärt sich mit der Aufstellung einverstanden. — 7. Verschiedenes. Die Kosten, die durch die Umlegung der elektrischen Leitung von dem alten nach dem neuen Wohnhaufe des Joh. Niehaus, Bahnhofstraße, entstanden sind und 107,43 Mark betragen, werden auf die Gemeindefasse übernommen, weil dem Niehaus beim Abschluß des notariellen Vertrages über den Verkauf seiner Besitzung die Übernahme dieser Kosten durch die Gemeinde in Aussicht gestellt war. — Zu dem Antrage des Herrn Eggling, ihm das neben seinem Wohnhaufe an der Ecke Burloerstraße und Burgplatz belegene Grundstück als Eigentum zu überlassen, beschließt die Gemeindevertretung, zunächst die Rechtsverhältnisse weiter zu klären. — Die Lustbarkeitssteuer, die von der freien Feuerwehr aus Anlaß des Verbandsfestes und des 40jährigen Stiftungsfestes zu zahlen ist, wird niedergeschlagen. — Für die Gemeindeverordneten soll die Preussische Gemeindebezeichnung bestellt werden. — Die Gemeindevertretung nimmt Kenntnis von der Abrechnung und Verteilung der entstandenen Straßenbaufkosten für den Ausbau der Oststraße.

11. Rheide, 23. Juli. Eichenverein. Der Kirchendor Rheide war am vergangenen Sonntag nach dem Gute Johann Teltow in Crommert eingeladen. Die Sangesbrüder fanden dort gute Aufnahme und verlebten einige schöne Stunden.

12. Rheide, 23. Juli. Kriegerverein. Am Sonntag hielt der Kriegerverein eine gut besuchte Vierteljahrsversammlung ab. Es wurde beschlossen, noch in diesem Sommer einen Ausflug zu machen und hierdurch einer Einladung des Obersten Heint. Hinkel nach seinem Gute Schulte-Böing in Bardingholt Folge zu leisten. Die anlässlich des Kreisriegerverbandesfestes hergestellten Photographien vom Verein waren gut ausgefallen. Diejenigen Kameraden, die noch ein Bild wünschen, mögen sich bald beim Vorstand melden.

13. Dingden, 23. Juli. Wallfahrt der Jungfrauenkongregation nach Reveler. Am Sonntag findet die Wallfahrt der Jungfrauen nach Reveler statt. Die Teilnehmerinnen an dieser Prozession müssen mit einem Ausweise mit Photographie versehen sein. Sonntag Morgen ist um 5 Uhr eine hl. Messe, in der die hl. Kommunion ausgeteilt wird. Der Zug fährt Sonntag Morgen um 6.09 Uhr vom Bahnhof Dingden ab.

Aus dem Kreise Rees.

14. Bienen, 23. Juli. Straßenausbesserung. Auf der Strecke Rees-Bienen ist man augenblicklich mit der Neupflanzung der Straße beschäftigt. Die Dampfwalze ist bereits in Betrieb. Die Fahrbahn ist ziemlich schmal geworden, da das Gleise der Straßenbahn, die Baufälle und die Dampfwalze viel Platz in Anspruch nehmen. Für Autos und Fuhrwerke ist es daher ratsam, ihren Weg während der Arbeitsdauer, die etwa vier Wochen in Anspruch nehmen wird, über Empel-Millingen zu nehmen.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. R. Schmitz, Bocholt, für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kempe, Bocholt.

Mathematik und Auktag.

Von Quidam.

Das Quadrat der Hypotenuse ist gleich den beiden Quadraten der Katheten. Merkwürdig! Trotz der Merkwürdigkeit ist die Frage, weshalb das so ist, absurd. Es ist eben ein Gesetz, und wenn ich den Lehrsatz zwecks Prüfung der Richtigkeit beweisen habe, bin ich ein-für allemal damit fertig. Höchstens könnte ich — sagen, daß, wenn das Gesetz des pythagoreischen Lehrsatzes nur für einen Bruchteil einer Sekunde aufgehoben wäre, wahrscheinlich das ganze Weltsystem zusammenbrechen würde. Goethe hatte vor der Mathematik keinen allzu großen Respekt, weil sie mit der Resonanz der menschlichen Seele nichts zu tun hat. Sie wirkt auf jedes normale Gehirn gleichmäßig, und deshalb nannte Goethe die Mathematik die Feststellung der Identität zweier Größenausdrücke.

Ganz anders wirken auf uns die Erscheinungen, die aus den Naturgesetzen herausgewachsen sind. Ein Baum, ein Haus, ein Kleid, eine Brücke wirken auf den einen Menschen ganz anders als auf den andern. Diese verschiedenartigen Wirkungen zu ergründen, ist Seelenanalyse — das Bedeutsamste, das uns Menschen angeht. Auf diesem Gebiete ist Goethe geworden, was ihn uns unsterblich gemacht hat.

Zu diesen Betrachtungen bin ich gekommen, als ich neulich unter altem Gerümpel ein Aufnahmegerät aus meiner Kindheit vorfand, aus dem ich mit großem Interesse erfuhr, wie die Dinge damals auf mich eingewirkt haben. Wie leicht interessiert es auch die Leser der Zeitung, mit denen ich schon manches Wort ge-

plaudert habe, wie ich das eine oder andere damals angesehen habe. Ich greife aus dem Material den Auktag „Die Kuh“ heraus, um an dieser Stelle seine Unsterblichkeit zu sichern:

Die Kuh.

Die Kuh ist ein nützliches Tier. Sie gibt Milch und Dünger. Den Dünger steckt man in die Erde, weil er so stark riecht. Es gibt auch Kühe, die Döhlen sind. Döhlen sind noch nützlicher, weil man sie auch als Schimpfnamen gebrauchen kann. Die Kuh kann man daran erkennen, daß sie nicht wiehert. Die Kinder der Kühe nennt man Kälber und sind nicht so groß wie die Eltern. Die Kühe fressen alles zweimal. Wenn Menschen das tun, nennt man dies Aufstoßen. Tote Kühe findet man viele beim Weggehen. Kühe haben die verschiedenartigsten Farben, aber von innen sind sie egal. Wenn Kühe nicht laufen wollen, dann werden sie von hinten mit einem Stock geschlagen. Manchmal tut es nicht weh, und sie bleiben stehen. Wenn Kühe hungrig sind, dann schreien sie, aber ganz anders, wie Ziegen und Hühner. Sie fressen gern Gras und Heu, aber wenn sie etwas anderes fressen, fressen sie es auch. Es gibt fette und magere Kühe. Man kann sie daran erkennen, daß sie dick oder dünn sind. Kühe tun einem nichts; man braucht nicht bange zu sein. Kühe kann man kaufen und verkaufen. Das ist ihnen ganz egal. Sie haben einen Schwanz, weil sie Fliegen nicht leiden mögen. Die Kühe haben vier Beine, damit sie nicht umfallen. Es gibt auch Kühe mit sechs Beinen, aber nur auf der Riemer. Kühe werden auch gezeugt, und wenn die Hausfrau zwölf Knochen bekommt, schimpft sie. Wenn das Fleisch auf den Tisch kommt, triegen die Kinder viel weniger, als die Eltern. Deshalb freue ich mich, wenn ich groß bin.

Das feine Geschenk
kaufen Sie preiswert bei größter Auswahl im
Spezialgeschäft
A. Duttmann
Königsstraße 20.
Cristall, Porzellan usw. usw.
Auch in niedrigster Preislage geschmackvolle Artikel.

Bekanntmachung
Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 14. August 1924 wird gemäß § 8 des Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Fluchtlinienplan betr. Veränderung der Fluchtlinie auf der südlichen Seite der Hohenzollernstraße auf der Strecke von Kaiser-Wilhelm-Straße bis zur Schule Habsburgerstraße förmlich festgestellt worden ist und zu jedermanns Einsicht im Stadtbauamt Ravardstraße Nr. 4, Zimmer 19, von Freitag, den 24. Juli 1925 bis Freitag, den 31. Juli 1925 einschließlich offen liegt.
Boholt, den 22. Juli 1925.
Der Gemeindevorstand.
Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung
Die auf den 1. August 1925 angeordnete Schau über den Rindfleisch- und Schlachthausbetrieb in der Gemeinde Habsburgerstraße wird aufgehoben.
In diesem Sinne wird an dem genannten Tage die Schau auch über den Laubengarten und Bismarckgraben halt.
Boholt, den 21. Juli 1925.
Der Amtmann: Blume.

Bekanntmachung
Am Samstag, den 22. August 1925 findet durch den Vorstand der A.-Regu-berungs-Gesellschaft und einen Vertreter des Landeskulturamtes die Schau der Wa von der Brücke in Richtung bis zum Eisenbahnstamm zu Boholt statt. Die Schau beginnt mittags um 1 Uhr. Die Anstifter der Wa werden dringend ersucht, die Räumungsarbeiten, soweit ihre Grundstücke reichen, bis zum Schau-termin vollständig auszuführen und im Schau-termin persönlich anwesend oder durch einen Bevollmächtigten vertreten zu sein.
Die Räumung umfaßt die Entfernung aller den Wasserlauf hemmenden Gegenstände (Wasserpfähle, Wurzeln usw.) Insbesondere sind auch die Sandbänke zu entfernen.
Rhede, den 20. Juli 1925.
Der Genossenschaftsvorsteher:
Dörner, Amtmann.

Wasserschau im Amtsbezirk Rhede.
Die Schau der Wasserläufe im Amtsbezirk Rhede findet wie folgt statt:
Für Rhede-Mitte am Montag, den 17. August 1925:
a) über den Riederbach nachmittags 2 Uhr;
b) über den Koppelerbach nachmittags 4 Uhr.
Für Vardingholt am Dienstag, den 18. August 1925:
über den Vardingholter- u. Keieringbach nachmittags 2 Uhr.
Für Vardingholt am Mittwoch, den 19. August 1925:
a) über den Messingbach nachmittags 2 Uhr;
b) über den Kettelerbach nachmittags 5 Uhr.
Für Crommert am Donnerstag, den 20. August 1925:
a) über den Rimpingbach vormittags 7 Uhr;
b) über den Bennegraben vormittags 10 Uhr.
Für Kreckling am Freitag, den 21. August 1925:
über den Graben von der Arwe-Brücke in Crommert bis zur Einmündung in den Biekring in Kreckling, nachmittags 4 Uhr.
Die Räumungsarbeiten müssen bis zum Schau-termin vollständig ausgeführt und jeder Räumungspflichtige im Schau-termin persönlich anwesend oder durch einen Bevollmächtigten vertreten sein.
Die Räumung umfaßt insbesondere die Entfernung aller den Wasserlauf hemmenden Gegenstände, als Wasserpfähle, Wurzeln, in das Flußbett gefallenes Holz, Steine, Erde usw. Die ausgeworfenen Gegenstände dürfen am Ufer nicht liegen bleiben, sondern sind sofort nach der Räumung zu entfernen.
Wer den Bestimmungen der Vorflut-Verordnung nicht pünktlich nachkommt, wird bestraft; außerdem wird die Räumung auf Kosten der Säumnigen vorgenommen.
Rhede, den 20. Juli 1925.
Der Amtmann: Dörner.

Intelligenzblatt für das 1. halbjahr 1925
In dem Teil: Solale Anzeigen 6 Gg., Familien-anzeigen 6 Gg., kleine (Gefunden) Anzeigen 5 Gg., Gebote, Anzeigen, Minusanzeigen, Ver-kauf, partikuläre Anzeigen 4 Gg. Bei nicht-Bezahlung 10 Prozent Aufschlag. Im allgemeinen Teil (Anzeigen): Geschäftsanzeigen 40 Gg., Anzeigen 15 Gg., Briefe 10 Gg.
Bezugspreis: 2,25 Mark, Einzelpreis 15 Pfg. Doppelnummer 20 Pfg.

Johann Kulsken.
Er starb wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel, öfter gesalbt durch den Empfang der hl. Sakramente, sanft und gottgegeben. Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Wiedern, Mussum, Voßholt, Coesfeld, den 24. Juli 1925.
Das hl. Seelenamt findet statt am Samstag morgen 9 Uhr in der St. Georgskirche, danach die Beerdigung, wozu frdl. eingeladen wird. Sollte jemand aus Versehen keine besondere Einladung erhalten haben, so wird gebeten diese Anzeige als solche betrachten zu wollen.

Hamburger Kaffee-Lager Thams & Garfs
Nordstr. 31
Am Freitag, den 24. und Samstag, den 25. ds. Mts., geben wir beim Einkauf von 1 Pfd. Kaffee oder 1/2 Pfd. Tee
1 Block feinste Schokolade (100 Gramm) gratis.
Kaffee, stets frisch aus eigenen Röstereien, Pfd. 4.80, 4.20, 3.80, 3.40, 3.—, 2.60.
Tee, feinste, von Kennern zusammengestellte Mischungen, Pfd. 5.80 und 5.—.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.
Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund des § 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 28. 6. 1908 (R. G. Bl. S. 519) folgendes bestimmt:
Als Sperrgebiet gelten die veräußerten Gehöfte der Landwirte Theodor Teriete zu Kreckling und Josef Hoopes zu Crommert, ferner der Teil der Gemeinde Kreckling, welcher eingeschlossen wird von der Gemeindegrenze Rhede, dem Riederbach, dem Aufstuf, der Gemeindegrenze Kreckling und dem alten Crommter Weg, sowie die Gehöfte der Landwirte Wm. Mummert, Heinrich Hartmann, Heinrich Kämping, Josef Epping, Josef Holtschlag, Johann Wewering, Heinrich Groh, Theobald, Johann Holtschlag, Heinrich Wierding, Wilhelm Möllmann, Bernhard Schmeing, Josef Krommert, Heinrich Krent, Johann Sieberding und Friedrich Schierberg, sämtlich zu Crommert wohnhaft.
Mit dem Sperrgebiet finden die Vorschriften meiner Viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 10. 10. 1924 entsprechende Anwendung und werden hiermit in Kraft gesetzt.
Borken, den 18. Juli 1925.
Der Landrat.

Bekanntmachung
Die Veranordnung der Stadt in dem gemeindefinanziellen Landbesitz der Gemeinde Holtwid zur Größe von 246 Hektar, soll auf die Dauer von sechs Jahren, beginnend mit dem 1. August dieses Jahres
am Dienstag, den 28. Juli 1925 nachmittags 5 Uhr in dem Lokale des Wirts Joseph Quartier zu Holtwid öffentlich veräußert werden.
Die Bedingungen haben offenkundig und werden auch im Termin bekannt gegeben.
Zuschlagsfrist: 8 Tage.
Holtwid, den 22. Juli 1925.
Der Landbesitzer:
Seitert, Landbesitzer.

Nachtzahlung.
An Zahlung der rückständigen Ploglandpächte wird erinnert.
Zürich Salm-Salm'sche Rentei Boholt.

APOLLO THEATER
Großes Weltkulturspektakel-Programm
Freitag, Samstag, Sonntag, Montag.
1. Die große Sensation:
„Norma“
„Rollende Räder, rasendes Blut.“
Eine Lebenssymphonie von Arbeit, Leid und Liebe in 6 überaus spannenden Akten. In den Hauptrollen: **Gravina Ross** als Lokomotivführer **John Wilkes** v. Joy Cloje als das Findelkind „Norma.“ Ein Filmwerk von besonderer Schönheit und Spannung.
2. „Er“ ist wieder da!
Der Mann, der mit eisernem Gesicht aufsteht, wie andere sich über ihn totfanden in seinem toten Lustspiel:
„Er“ als Straßenschreck.
3. Alte größten Humors.
3. **„TAO“**
„Das Geheimnis von Siam Cambo.“
Gewaltiger Abenteuer- und Sensationsfilm in 6 spannenden Akten. Herrliche ausgleichende Sensationen. Spiel und Handlung läßt den Zuschauer vor Spannung kaum das Ende erwarten.
Das Theater ist auch bei wärmster Witterung angenehm kühlventiliert. Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.

DRUCKSACHEN
aller Art liefert schnell und billig
J. & A. TEMMING

St. Anna
Am Sonntag, dem 28. Juli:
Hl. Messe
um 9 Uhr in St. Georg für die Pilger nach St. Annaberg. — Alle Verehrer der hl. Mutter Anna werden dazu eingeladen. 4816

Für Reise u. Sommerfrische
Storms Kursbuch, Reise-Führer, Wander-Karten, Briefpapier, Füllfederhalter, Notizbücher, Reklam-Bücher, Ullstein-Bücher, Der neue Scherl, „Uhu“, Kriminal-Romane

Temming & Heilborn
Buchhandlung
Gegen Sommersprossen ge be Haut
Frucht's Schwanenweiß
zu Originalpreisen In der Wirkung anerkannt.
Nur zu haben bei
Scheer-Mapp, Ravardstr. 33.
Tel. 723.

zwei möbl. Zimmer
Für Dienstag nachmittags werden in Boholt von einem Spezialisten in gutem Hause
zwei möbl. Zimmer
zur Abhaltung von Sprechstunden gesucht.
Angebote an Kuranstalt Quiesana, Wesel, erbeten.

la. neues Sauerkraut
diesjährige Ernte per Pfund 25 Pfg.
la. Würstchen in Dosen
per Dose 5 Paar 1.50 Mk. empfiehlt
Heinr. Hill

Deffentlicher Arbeitsnachweis für den Stadtreis Boholt.
Es werden gesucht:
Mehrere Spulerinnen; mehrere ungelernete Arbeiterinnen für Spinnerei; mehrere ungelernete Arbeiterinnen für Weberei; mehrere Lagerarbeiterinnen; mehrere Mädchen von 14 bis 25 Jahren für leichte Arbeiten in Spinn- und Weberei; mehrere Mädchen von 14 bis 16 Jahren für Haushalt, auch für halbe Tage;
1 Holzschuhmachergeselle;
1 Maurer;
2 Verputzer für Innenputz;
1 Lehrling und ein Lehrling für Konfektionsgeschäft;
1 Mädchen ca. 16 Jahre, welches sich für Konfektionsnäheri ausbilden will;
1 Rauber;
mehrere Flenerinnen.
Es suchen Stellung:
Mehrere Schloffer, Dreher und Metallarbeiter;
mehrere Weber;
mehrere Untermeister;
1 Weberlehrling (16 Jahre alt);
mehrere Lagerarbeiter;
1 Spulerin für Weberei;
mehrere Arbeiterinnen, Ältere, für Weberei und Spinnerei;
mehrere Buchfrauen.

ANHOLT.
Wir suchen zum sofortigen Eintritt
perfekte Deckauflegerin
oder
einige junge Mädchen
bei gutem Verdienst.
Betriebsstelle Klassen A.-G., Anholt, Niederstr. 9.

Kellner-Bereinigung
Freitag abend 9 Uhr
Wichtige Versammlung
Erscheinen unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Freibant
Freitag nachmittags um 3 Uhr ist
Rindfleisch
zu haben
Freitag u. Samstag ist fettes
Rindfleisch
zu 1,00 Mk. pro Pfd. zu haben bei
Herrn. Hühner, Muff. Kirchweg, Telefon 205.
Samstag nachmittags von 3 Uhr an ist fettes
Rindfleisch
zu 90 Pfg. pro Pfd. zu haben bei
Johann Geules, Dingdener Ch. bei Tefale.

Rindfleisch
als Hundefutter zum Preise von 10 Pfg. pro Pfd. zu haben.
Die
Schlachthofverwaltung
Ein tüchtiger
Adertnecht
sucht zum 1. oder 15. August Stellung. Selbstiger ist mit allen landwirtschaftl. Arbeiten vertraut.
Dasselbe ist eine schwarz-hochtragende
Kuh
zu verkaufen oder zu veräußern. 1858
Näheres in d. Geschäftsstelle.

Sattler u. Bolkerer
Gehilfen gesucht
Näheres in d. Geschäftsstelle.
Junge Dame
mit Obersekundareife u. abgeschlossener höh. Handelschulbildung, seit 1 1/2 Jahren als Buchhalterin tätig, in ungekündigter Stellung, sucht zum 1. Oktober anderweitig Stelle als **Buchhalterin**.
Offerten u. C. 4846 an die Geschäftsstelle des Boholter Volksbl.

Mädchen
welches 3. Klasse schlafen kann.
Näheres in d. Geschäftsstelle.
Frau oder Mädchen
für sofort zum Putzen gesucht.
Näheres in d. Geschäftsstelle.
Lehrerin sucht ein bis zwei **Mädchen**.

Zimmer
in ruhigem Hause. Bett und Wäsche werden mitgebracht. Offerten u. C. 1843 an die Geschäftsstelle.
Die Beleidigung, die ich gegen Herrn **Jo. Wetling** ausgesprochen habe, nehme ich zurück.
S. Sch.

Die
wird das Ge- kreditanstalt u. die Beschaffen der deutschen Bodenkultur wird mit den Bank (180 Mk) die Dauer der zu 25 Mk für landwirtschaftl. Stiefelungsbedeutung ist die Kreditinstitute

Programm

der 64. Generalversammlung der Katholiken
Deutschlands, Stuttgart 1925.

Samstag, 22. August,
abends 7 Uhr: Begrüßungsabend in der neuen Stadthalle
(Kedarsstraße).

Sonntag, 23. August, vorm. 9.30 Uhr:

Gottesdienst

mit Ansprache des hochwürdigsten Herrn Zuberbischofs Dr. P. W.
v. Reppert im Hof der Ketschstraße (Kedarsstraße).

11.30 Uhr: 1. geschlossene Versammlung
im Festsaal der Liederhalle (Büchsenstraße).

Nachmittags 4.30 Uhr: 2. öffentliche Versammlung
in der neuen Stadthalle (Kedarsstraße): Eröffnungsrede des
Präsidenten, Ansprache des hochw. Herrn Zuberbischofs, Haupt-
reden:

„Katholischer Bistum und katholisches Volk“.

„Katholische Liebe und die Schäden der Zeit“.

Montag, 24. August: vorm. 7.15 Uhr:

Pontifikatamt

zu Ehren der Gottesmutter, der Patronin der Katholikentage,
in der Marienkirche (Lübinger Straße).

8.30 Uhr: Große Versammlung des Bonifatiusvereins,
9.30 Uhr: Stiftungsversammlung, beide in der neuen Stadthalle
(Kedarsstraße).

11.15 Uhr: 2. geschlossene Versammlung
im Festsaal der Liederhalle (Büchsenstraße).

Nachm. 4.30 Uhr: 2. öffentliche Versammlung.
Thema: „Ehrlichkeit und katholische Liebe“, „Die Frauenwelt
und die Ehrlichkeit“, „Die Liebe zur Jugend“, „Das Apostolat
des Geistes und der werdenden Laien“.

Dienstag, 25. August: vorm. 7.15 Uhr: Pontifikatamt
in St. Eberhard (Königsstraße).

8.30 Uhr: Generalversammlung des Volksvereins für das katho-
lische Deutschland in der neuen Stadthalle (Kedarsstraße).

11.15 Uhr: 3. geschlossene Versammlung
im Festsaal der Liederhalle (Büchsenstraße).

Nachm. 4.30 Uhr: 3. öffentliche Versammlung.
Thema: „Die Liebe zu den Diözesanvereinen“, „Das Aus-
landsdeutschstum, unsere brennende Sorge“, „Gerechtigkeit und
Liebe, die Bedingungen des sozialen Friedens“, „Katholische
Liebe und Völkerverständnis“.

Abends 8 Uhr: Beethovenabend.

(Aufführung der 9. Symphonie) im Großen Haus des Landes-
theaters (am kleinen Anlagensee).

Unter geschlossenen Versammlungen versteht man die bera-
tenden und beschließenden Versammlungen am Vormittag; unter
öffentlichen Versammlungen die großen Nachmittagsversamm-
lungen mit dem programmatischen Neben.

Um dieses Hauptprogramm herum gruppieren sich noch eine
große Anzahl von Nebenveranstaltungen, deren Tagungs- und
Zeit in der nächsten Woche veröffentlicht werden. Alle die Or-
ganisationen, die Versammlungen angemeldet haben, bekommen
übrigens noch eigens Bescheid, wann und wo dieselben stattfinden
werden.

Das Zollkompromiß.

In der gestern wiedergegebenen Meldung der Telegraphen-
Union über die Anträge der Regierungsparteien zum Zollkom-
promiß heißt es im zweiten Absatz, daß das Gesetz zunächst vom
1. August 1925 ab Geltung haben soll. Diese Angabe ist falsch.
In dem Antrage heißt es: „Das gesamte Gesetz soll, mit Aus-
nahme der Zölle für verschiedene Erzeugnisse, zunächst
vom 1. Oktober 1925 ab Geltung haben.“

W. Berlin, 23. Juli. (Tel.) Im handelspolitischen
Ausgang des Reichstages, der heute die Generaldebatte über
die Agrarzölle fortsetzte, erklärte der Reichsernährungsminister
Graßl, er könne schon jetzt mitteilen, daß die betref-
fenden Reformen, Wirtschaft- und Finanzminister, bereits
ihre Zustimmung zum Zollkompromiß gegeben haben.

W. Berlin, 22. Juli. (Drach.) Der Reichslandbund
wendet sich in einer Mitteilung gegen das Ergebnis der
Kompromißverhandlungen über die Zollvorlage, die von
parteilichen Rücksichten diktiert sei. Entgegen der ein-
mütigen Forderung der deutschen Landwirtschaft würde das
Prinzip des geschlossenen, ausreichenden Zollschutzes aller
landwirtschaftlichen Produkte der Parteipolitik geopfert.
Der Reichslandbund werde den Kampf um die landwirt-
schaftlichen Produktionsmöglichkeiten fortsetzen, um die vor-
handenen Mängel im Interesse der gesamten Volkswirt-
schaft zu beseitigen.

Beitritt Deutschlands zur internationalen Handelskammer.

tu. Berlin, 22. Juli. (Tel.) Wie die Telegraphen-
Union erzählt, hat der Verwaltungsrat der internatio-
nalen Handelskammer den Antrag Deutschlands
auf Aufnahme in die Kammer stattgegeben. Der Ver-
waltungsrat hat die folgenden vier deutschen Spitzenver-
bände zu Mitgliedern gewählt: Deutscher Industrie-
und Handelsbund, Zentralverband des deut-
schen Bank- und Bankiergewerbes, Gemein-
schaft des deutschen Einzelhandelsverban-
des und Reichsverband der deutschen Indu-
strie. Diese Verbände werden den Satzungen der inter-
nationalen Handelskammer entsprechend eine deutsche
Gruppe bilden, der die Verhandlung Deutschlands mit der
Kammer überwiegen wird und deren vorläufige Geschäfts-
führung sich beim deutschen Industrie- und Handelsbund, Ber-
lin C. 2, hinter dem Glashaus 3, befindet.

Die Rentenbank-Kreditanstalt.

W. Berlin, 23. Juli. (Tel.) Im Reichsgesetzblatt
wird das Gesetz über die Errichtung der deutschen Rentenbank-
Kreditanstalt veröffentlicht. Die Aufgabe der Rentenbank ist
die Beschaffung und Gewährung von Krediten für die Zwecke
der deutschen Landwirtschaft unter Einfluß der Förderung der
Bodenkultur und landwirtschaftlichen Siedlung. Die Anstalt
wird mit den hierzu verfügbaren Mitteln der Deutschen Renten-
bank (180 Millionen Mark) dotiert. Ihr stehen außerdem für
die Dauer der Liquidierung der Rentenbankschulden zu
25 Millionen Mark aus Rentenbankgrundschulden zu.
Ihr Geschäftsbetrieb soll bestehen in der Gewährung von
landwirtschaftlichem Realcredit und von Meliorationskredit und
Siedlungskredit. Als zentrales landwirtschaftliches Kreditinsti-
tut soll die Anstalt lediglich die übrigen landwirtschaftlichen
Kreditinstitute mit Kreditmitteln versorgen. In dem Ver-

waltungsrat der Anstalt, dessen Vorsitzender der Präsident
der deutschen Rentenbank ist, entsenden elf Sitze auf die Ver-
treter der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, elf Sitze
auf vom Reichsrat bestellte und auf dem Gebiete des landwirt-
schaftlichen Kreditwesens bewanderte Personen und zwei Sitze
auf Personen, die die Reichsregierung bestellt, wobei je einer der
vom Reichsrat und der von der Reichsregierung zu belegenden
Sitze einem Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer zu-
fallen soll. Der zulässige Höchstbetrag des Eigenkapitals der An-
stalt ist auf 500 Millionen Mark, die Höhe der auszubehenden
Schuldverschreibungen auf den sechsfachen Betrag des Eigenkapi-
tals begrenzt. Da die verfügbaren Mittel der deutschen Renten-
bank bereits durch Treuhandstelle für die deutsche Rentenbank
für landwirtschaftliche Kreditzwecke vergeben sind, ist mit der
Errichtung eines neuen Kreditinstituts die Bereitstellung neuer
Kreditmittel für die deutsche Landwirtschaft zunächst nicht ver-
bunden. Eine Kreditverleihung wird erst dann eintreten,
wenn es gelingt, eine Auslandsanleihe zwecks Gewährung von
landwirtschaftlichem Realcredit gegen hypothekarische Belastung
abzuschließen, worüber noch Verhandlungen mit Kreisen ameri-
kanischer Geldgeber schweben.

Eine Ebert-Plakette.

Die Staatliche Gießerei Hütte, deren Kunst-
gussabteilung seit über hundert Jahren einen begründeten Ruf
genießt, bringt in diesen Tagen eine künstlerisch wertvolle Pla-
quette des verstorbenen ersten Reichspräsidenten heraus. Die
Plakette, von dem Schöpfer der Totenmaske und der für den
Reichstag bestimmten Ebert-Büste, Prof. Georg Kolbe,
modelliert, hat einen Durchmesser von 13 1/2 Zentimeter und
wird in Bronze sowie in verschiedenen Eisenlegierungen ge-
gossen.

Der Beginn der außenpolitischen Aussprache.

Die Mittwochs-Sitzung des Reichstages.

★ Berlin, 23. Juli.

Über den Beginn der großen außenpolitischen Debatte im
Reichstag, über die wir gestern wegen der mitgeteilten Störun-
gen nur in einem Stimmungsbild und dem Anfang der Strese-
mannschen Rede berichten konnten, ist folgendes nachzutragen:

Außenminister Dr. Stresemann

Stellte im weiteren Verlauf seiner Rede fest, daß nach London
ein großer Zustand der Entspannung der öffent-
lichen Meinung festzustellen war; aber die Nichträumung
der nördlichen Rheinlandzone, die am 10. Januar erfolgen sollte,
hat diese Entspannung wieder zurücktreten lassen. (Zustim-
mung.) Selbst die noch offenen Streitpunkte der Entwaffnungs-
note boten keinen Grund für die weitere Besetzung der Rhein-
landzone; die Reichsregierung hat niemals einen Zweifel
darüber gelassen, daß sie die unzulässigen schweren seelisch drüden-
den Verpflichtungen der Entwaffnungsbestimmungen Vertrags-
mäßig zu erfüllen bereit war. Der Berliner Vertrag
darf nicht auf die Dauer einseitiger Auslegung von
einer Vertragsseite unterworfen sein. Die Alliierten werden
mit uns auch darin einig sein, daß diese schwebenden Probleme
vorher oder später gleichzeitig mit dem Abschluß des gro-
ßen Friedensvertrages beseitigt werden müssen. Bei der Erledi-
gung des großen Sicherheitsproblems wird es an unserem
guten Willen nicht fehlen. Wir dürfen bestimmt an-
nehmen, daß er auch auf der Gegenseite vorhanden sein wird.
Dann wird die richtige Basis vorhanden sein. Es ist
schon jetzt wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß die Fortfüh-
rung der Verhandlungen über den Sicherheitspakt erfolgt.

Dr. Stresemann erinnerte an die Rede Chamber-
lains, der von einem „Wendepunkt von historischer Bedeu-
tung“ hinsichtlich der Sicherheitsfrage sprach. Man habe manch-
mal die Empfindung, als ob einzelne Persönlichkeiten glaubten,
daß es sich hier um einen historischen Einfall handele, der in
die Weltöffentlichkeit geschleudert wurde. Die Sicherheitsfrage
schwebt aber schon seit Jahren zwischen Frankreich und den Al-
liierten und soll jetzt zwischen Frankreich und uns zur Erledi-
gung kommen. Alle Besorgungen, alle Gewaltmaßnahmen wer-
den immer begründet mit dem einen Gesichtspunkte des Auf-
tretens Frankreichs, das Anspruch auf erhöhte Sicherheit hätte.
Wäre es gelungen, diese Frage früher zu lösen, so hätten sich
die Verträge Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei
erklärt.

Der Außenminister verweist dann auf die große Bedeutung
des Sicherheitspaktes gerade für das Rheinland. Ich
gehöre nicht zu denjenigen, die unter der Fortsetzung des Miß-
trauens in Frankreich Vorteile für Deutschland erhoffen. Auch
glaube ich nicht, daß die große Machtstellung Frankreichs durch
die Verwicklungen in Marokko irgendwie erschüttert werden
kann. Nicht da liegen die Probleme. Nicht nur wir, sondern
weite Kreise Europas haben Interesse daran, daß sich alle Welt-
mächte für den Wiederaufbau des zusammenge-
brochenen Europas einsetzen. In der Politik der Sanktionen
und dem Weiterbestehen des gegenwärtigen Mißtrauens
kann dieser Wiederaufbau nicht durchgeführt werden. Deutsch-
land hat eine friedensoffensive große Stills be-
kommen; der Wunsch der Reichsregierung geht dahin, daß diese
Bestrebungen zu einem günstigen Erfolg führen. (Lebhafte
Beifall bei den Regierungsparteien.)

Hg. Dr. Weissfeld (Soz.)

bezeichnet es zunächst als eine Mißachtung der Rechte des Parla-
ments, daß der Reichstag erst jetzt Gelegenheit erhält, nachträglich
zu den wichtigsten außenpolitischen Agitationen der Regie-
rung Stellung zu nehmen. Das sei um so bedenklicher, weil die
deutsche nationale Regierungspartei behauptet habe, daß sie an
das Februarmemorandum der Regierung nicht gebunden sei und
weil auch der deutsche nationale Innenminister sich ähnlich
geäußert habe. Um diesen eigenartigen Konflikt aufzuklären,
sei die sozialdemokratische Interpellation einge-
bracht worden, nicht etwa, um die Regierung zu stützen, (Geläch-
ter und zweifelhafte Rufe rechts.) Wir können, wie im vorliegen-
den Falle, der Außenpolitik nicht opponieren, können uns aber
zu einer Billigung der Regierungspolitik nicht entschließen. Wir
treiben nicht Opposition aus Grund und legen die ge-
genwärtige Außenpolitik nicht ab. Die Politik des
Sicherheitspaktes ist die Fortsetzung der Verständigungs- und
Erfüllungspolitik, die unter Wirth und Rathenau so fest-
gesetzt worden. Die deutsche nationale Regierungspartei hat sich
von den deutschen nationalen belächelt und geschmäht wurde.
Der Sicherheitspakt geht noch hinaus über die Erfüllungspolitik
der Wirth und Rathenau. Es ist schließlich eine freiwillige Ver-
erkennung der territorialen Bestimmungen des Versailles Ver-
trages, der ausdrücklich Verzicht auf die gewaltsame Zerreißung
dieses Vertrages, auf jeden Gedanken an einen Revanchekrieg.
(Lebhafte Zustimmung links.) Die Sozialdemokraten helfen das
Februarmemorandum der Regierung auf und haben sogar das
Bedenken, daß es in einigen Punkten nicht alle unsere nationa-
len Forderungen erfüllt. Wenn Sie (nach rechts) in der neuen
Note den Verzicht auf Rhein garantieren, dann bedeutet das
den Verzicht auf Elz-Lothringen. Das Februar-Memorandum
haben die Deutschen national abgewiesen, weil es nicht von der
Regierung, sondern nur von dem „verdächtigen Außenminister“
verfaßt war. Wenn wir nun Frankreich die Sicherheit gewähren,

Die Entwicklung der Reichseinnahmen im Juni.

Nach der Uebersicht des Reichsfinanzministeriums über die
Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für
den Monat Juni betrugen die Einnahmen im ganzen 561,8
Mill. Mark. Sie bleiben damit hinter den Aufkommen im
April und Mai nicht unwesentlich zurück, überschreiten ander-
seits den Monatsdurchschnitt, der sich auf Grund des Etats er-
gibt, ca. 440 Millionen, wiederum erheblich. Der Rückgang
dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Einkommensteuer, der
in den beiden vorangegangenen Monaten zusammen 160 Mill.
Mark ausgemacht hat, diesmal nur 32 Mill. Mark beigetragen
hat. Die Aufkommen aus Lohnabgaben und Kapitalertragsteuer
haben sich dagegen mit 132 und 13,7 Mill. Mark auf dem Durch-
schnittsstand der Vormonate gehalten. Das
gleiche gilt für die Umsatzsteuer, die 117,7 Mill. brachte, sowie
für die Mehrwertsteuer der Kapitalverkehrssteuern. Im einzelnen
samen aus der Körperschaftsteuer 3,1, der Wertpapiersteuer 0,9,
der Börsenumsatzsteuer 4,3 und der Aufsichtsteuer 2,7 Mill.
Mark ein. Bemerkenswert ist, daß die Aufsichtsteuer im
ersten Jahresquartal bereits fast die volle Summe gebracht
hat, die für das ganze Etatsjahr veranschlagt worden ist. In-
sgesamt kamen aus direkten und Verbrauchssteuern 398,3 Mill. Mark
ein. Bei Zöllen und Verbrauchsabgaben liegt das Aufkommen
mit 160,6 Mill. Mark etwas über dem Durchschnitt der beiden
vergangenen Monate. Am stärksten hat zu diesem Ueberschuss
die Biersteuer beigetragen, aus der 28,2 Mill. Mark ein-
gekommen sind. Die Tabaksteuer hat 53,7 Mill., die
Zuckersteuer 22,1 Mill. gebracht. 3,1 Mill. lieferten 37,2, das
Branntweinmonopol 9,2 Mill. Mark.

ist ein Grund für die Verlängerung der Befehlungsfristen nicht
mehr vorhanden. In der französischen Note wird etwas ganz
Neues konstruiert. Es taucht da die Schaffung eines Garantien
für Schiedsverträge auf. Frankreich will den Schiedsvertrag, den
Deutschland mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen soll,
garantieren. Wir werden ebenso wie die Rechts-
parteien gegen eine derartig einseitige Ga-
rantie Widerspruch erheben. Die Regierung erkennt
an, daß der Sicherheitspakt und der Völkerverbund zusammen-
gehören. Deutschland sollte nur auch seine weiteren Vorbehalte
aufgeben und in den Völkerverbund eintreten. (Sehr wahr, links.)
Es scheinen sich Fäden zum Sicherheitspakt nach Ostelbien hinzu-
ziehen, die die Zustimmung der Rechtsparteien zu der Antimor-
note mit dem Getreidezoll in Zusammenhang bringen. (Sehr
richtig! links. Widerspruch rechts.) Wie dem auch sei, wir erhoffen
weitere Erfolge aus den kommenden internationalen Ver-
handlungen. (Leb. Beif. links. Zischen rechts.)

Hg. Graf Westarp (Deutschnat.):

Die neue Note ist in einer ganz anderen politischen Situa-
tion entstanden als das Februarmemorandum. Ein Streit um
die Vergangenheit scheint daher keinen Zweck zu haben, und wir
haben keine Veranlassung, diesen Streit hier fortzuführen.
(Maruse und Lachen links.) Die sozialdemokratische Inter-
pellation ist schon überholt. Der Anwurf, daß wir unsere
außenpolitischen Grundzüge um die Getreidezölle verkauft
hätten (Sehr richtig! links), ist zu niedrig, um sich mit ihm
auseinanderzusetzen. (Beifall rechts.) Wir billigen die
Grundlagen der Politik, die in der heute veröffentlichten
Note der Reichsregierung enthalten ist. Ob der in
dieser Note erstrebte Weg der Verhandlungen beschritten
werden kann, ist abhängig vom dem Inhalt der Antimornote,
die wir nun zunächst erhalten werden. Die Note ist nur eine
Fortsetzung der Vorerörterungen, und das erleichtert unsere
Zustimmung. Die Note bedarf aber einer sehr wichtigen
Ergänzung. Als gleichberechtigter Partner kann Deutsch-
land an den Verhandlungen teilnehmen, wenn das Ruhr-
gebiet und die Sanktionsstädte vollkommen
geräumt sind. Wir billigen und begrüßen es, daß in der
deutschen Note im Gegensatz der Note der Alliierten die Not-
wendigkeit betont wird, daß nicht für alle Zukunft die Mög-
lichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Verträge auf dem
Wege friedlicher Uebereinkunft zu gegebener Zeit den ver-
änderten Verhältnissen anzupassen. Mit allem Recht wird auch
in der deutschen Note betont, daß das wehrlose, vollständig ent-
waffnete Deutschland nicht als gleichberechtigter Faktor im
Völkerverbund anzusehen ist, solange nicht die allgemeine Um-
rüstung der Welt praktisch verwirklicht wird. Wir billigen es
auch, daß die deutsche Note auf das deutsche Memorandum vom
September Bezug nimmt. Insbesondere gilt das von der Ver-
wahrung, daß Deutschland bei einem etwaigen Eintritt in den
Völkerverbund unmöglich die moralische Belastung des Versailles
Vertrages erneut anerkennen kann. Für uns ist jede noch
malige Wiederholung des erzwungenen unwahren Schuldbe-
kenntnisses unmöglich. Wir stehen nach wie vor auf dem Stand-
punkt, daß keine Gelegenheit vorüber gelassen werden darf,
dieses Schuldbekenntnis zu widerrufen. (Lebhafte Beifall
rechts.) Wenn meine Freunde und ich der Note heute zu-
stimmen, so geschieht das in der bestimmten Erwartung, daß das
Kabinett als Ganzes wie bei dieser Note so auch hinfort, in
geschlossener Einheit und entschlossener Festigkeit die Würde
und die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands wahren und um
die Rechte der deutschen Nation um ihr Dasein und ihre Frei-
heit ringen wird. (Lebhafte Beifall.)

Hg. Dr. Raas (Zentr.):

Wir haben schon bei Eintritt in die gegenwärtige Regie-
rung erklärt, daß für uns die Kontinuität der deutschen Außen-
politik mehr als für irgend einen anderen Komptenten des
Kabinetts in Frage kommt. Mit unserer ganzen parlamenta-
rischen Kraft werden wir uns einer wesentlichen Umleitung
widerlegen. Die heutige Note hält in Form und Inhalt an der
verpflichtungsbereiten Haltung der deutschen Außenpolitik fest.
Sehe Partei hätte die Pflicht, den verantwortlichen Außen-
minister des Deutschen Reiches in seiner Politik zu unterstützen.
(Rufe: Namentlich die Regierungsparteien!) Wir bebauern
nur, daß das lange Schweigen des Außenministers uns die Mit-
verantwortung für seine Außenpolitik sehr erschwert hat. Wir
brauchen eine aktive Außenpolitik. Wir würden es nicht billigen
können, wenn diese Aktivität aus innerpolitischen Rücksichten
verlassen würde zugunsten einer latenten Politik nachfabri-
scher Zukunftsfiktionen. Die letzte Tendenz der deutschen Note
ist nicht negativ, sondern positiv. Sie ist eine europäische
Fakt! Wir erkennen damit die westlichen Grenzen des Ver-
sailles Vertrages an. Damit ist aber noch nicht als berechtigt
anerkannt, was unter dem trügerischen Schein einer Abstim-
mung in Eupen und Malmédy geschehen ist. Damit verzichten
wir nicht darauf, dem kulturellen Leben der deutschstämmigen
Bewohner des Elsaß unsere Aufmerksamkeit zu schenken. Deutsch-
land geht mit dem Sicherheitspakt den schwersten Schritt der
Selbstüberwindung, der in der Geschichte einzig dasteht. Deutsch-
land tut diesen Schritt im Vertrauen auf den Sieg des Rechts.
Wir vermessen in der Note das Verlangen nach der Räumung
Röns, ebenso eine Abwehr gegen die Entwaffnungs- und Auf-
sichtnote. Der Sicherheitspakt ist unmöglich ohne den psycho-
logischen Unterbau eines anderen deutsch-französischen Verhält-

Der Verkehr mit den Nordseebädern.

nisses am Rhein. (Sehr richtig!) Nach Abschluss des Sicherheitspakt ist das Befähigungsrecht und noch mehr das jetzige Befähigungsregime ein politischer Anachronismus, ein störendes Rudiment einer Gewaltpolitik, deren Überwindung gerade das vornehmste Ziel des Sicherheitspakt sein soll. (Beifall.) Notwendig ist eine gründliche Revision des Befähigungsregimes am Rhein, eine Verabreichung der Befähigungsrechte, die grundsätzliche Entfaltung der farbigen Truppen, der Verzicht auf die Schaffung von neuen Unterbringungsstellen, ein baldiger Abbau des großen Behördenapparates, Beseitigung aller überflüssigen Unterorgane. Wir sehen den Augenblick herbei, in dem Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in die Körperschaft des Völkerbundes eintritt, die jetzt noch eine Organisation der Siegerstaaten ist. Aber da sind die Entlassungsnot und die Luftfahrtsnot Barrikaden auf dem Wege nach Genf. Als vollberechtigtes Mitglied des Völkerbundes wird Deutschland die hegemoniale Stellung des Reiches einnehmen können, die höher steht als die Hegemonie des Schwertes. (Beifall.) Die Stabilisierung des Friedens in Europa ist die Voraussetzung für die Finanzhilfe der anderen Welt. (Lebhafter Beifall.)

Hr. Dr. Curtius (D. Vp.):

Sicherheitspolitik ist für uns in erster Linie deutsche Politik. Sicherheitspakt bedeutet die Verhinderung eines neuen Weltbrandes. Der Sicherheitspakt kann nur wirkliche Bedeutung haben, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse durch ihn profitieren. Das deutsche Memorandum ist nur eine logische Folge der deutschen Außenpolitik gewesen. Die französische Hegemonie ist in unmittelbarer Nähe gerückt. Diesen Gesichtspunkt hat der Führer der englischen Opposition, MacDonald, dargelegt, und wenn Pharisäer in England sagen, daß der Sicherheitspakt nur am schlechten Willen Deutschlands scheitern könne, so muß man fragen, ob es wirklich vorzuziehen sei für England, die Hegemonie Frankreichs zu unterstützen. Wenn von französischer Seite das Prinzip der Unabänderlichkeit des Versailler Vertrages vertreten wird, so muß man betonen: Unabänderlich ist das Naturrecht der Völker, die Selbstbestimmung, das Recht auf gleichberechtigte Gleichberechtigung. Ein Vertrag ist es nicht. Bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund steht die Deutsche Volkspartei nach wie vor auf dem Standpunkt, daß Deutschland nur als gleichberechtigter Staat seinen Einzug in den Völkerbund halten kann. Eine Gegenforderung des Eintritts nicht nur die Klärung der ersten Rheinlandzone, sondern die Aufhebung jeglicher Befähigung überhaupt. Es läßt sich nicht verschweigen, daß in den letzten Monaten manches geschehen ist, was der verfassungsmäßigen Form des Parlaments nicht entspricht. Die Schwierigkeiten sind bald überwunden. Das Kabinett steht geschlossen hinter der Note. Damit ist die sozialdemokratische Interpellation gegenstandslos geworden. Da sollten sich doch die Sozialdemokraten entschließen, ähnlich wie die Deutsche Volkspartei unter dem Kabinett Wirth, trotz grundsätzlicher Gegenrichtung gegen die Regierung, durch ihre Zustimmung zu der Außenpolitik die Front der Regierung bei den kommenden Verhandlungen zu verbreitern. (Lebhafter Beifall.)

Hr. Stöcker (Komm.):

Bezeichnet die deutsche Antwortnote als eines der beschämendsten Dokumente der deutschen Geschichte. Dieses Dokument sei noch schlimmer als der Versailler Vertrag. Die Regierung hat nicht einmal die Klärung der Rheinzone und der Sanktionsstädte als Voraussetzung für den Sicherheitspakt in ihrer Note erwähnt. Der Redner meint, den tiefsten Sinn des Sicherheitspakt hätten der Außenminister und die Redner der Parteien verschwiegen. Er liege darin, daß Deutschland durch einen Pakt mit seinen Gegnern die Front gegen Sowjetrußland vergrößere. Die westliche Orientierung der Politik mit dem Reich sei ohne die Mitwirkung der Deutschnationalen in der Regierung nicht möglich gewesen. (Beifall bei den Kommunisten.) Darauf wird die Sitzung vertagt.

Rückbildung des Lohnvertrages bei der Reichsbahn.

Berlin, 23. Juli. (Tel.) Nach längeren Verhandlungen ist heute von den Tarifgemeinschaften der Reichsbahnarbeiter, Gewerkschaft deutscher Eisenbahner E. R., dem Deutschen Eisenbahnerverband und dem Allgemeinen Eisenbahnerverband der Reichsbahn abgeschlossen worden, den mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn abgeschlossenen Lohnvertrag zum 1. August zu kündigen. Der gegenwärtige Lohnvertrag steht sieben Lohngruppen für männliche Arbeiter und eine Lohngruppe für weibliche Arbeiter vor. Die Tarifgemeinschaften, die durch den Abschluß des neuen Lohnvertrages im wesentlichen eine allgemeine Erhöhung der Löhne erzielen wollen, werden nunmehr zwecks detaillierter Formulierung ihrer Forderungen in Verhandlungen eintreten. In den Verhandlungen, die die Gewerkschaften untereinander führen werden, wird auch die Frage geprüft werden, ob der Manteltarifvertrag ebenfalls zu dem gleichen Termin gekündigt werden soll.

Sensationelle Verhaftung.

Berlin, 23. Juli. (Tel.) Vor einigen Tagen ist gegen den in der Lebensmittelbekanntmachung Kaufmann Emanuel Marx vom Untersuchungsrichter des Landgerichts I Haftbefehl unter dem dringenden Verdacht des Betruges und der Unterschlagung zu ungunsten der Reichsmontopolverwaltung verhängt worden. Marx wurde Samstag in seiner Wohnung verhaftet und sein Vermögen beschlagnahmt. Gegen eine Kaution von über 20.000 Mark ist er, da weder Kautionsverpflichtung noch Verbundungsfähigkeit vorliegt, wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Das Verfahren gegen Marx ist äußerst umfangreich und wird vom Untersuchungsrichter des Landgerichts I geführt. Man nahm schon früher an, daß dem Verfahren Straftaten zugrunde liegen, die ziemlich weit zurückreichen und in die offenen Angelegenheiten der Spirituszentrale, die seinerzeit von der Reichsmontopolverwaltung übernommen wurde, verwickelt sind. Diese Vermutung scheint sich bestätigt zu haben. Drei Angehörige der Reichsmontopolverwaltung sind mit sofortiger Wirkung vom Dienste suspendiert worden. Die weiteren Ermittlungen werden ergeben müssen, ob sich der Kreis der Schuldigen noch vergrößert. Die gegenwärtige Leitung und Geschäftsführung sind für die Vorkommnisse nicht verantwortlich.

Das Wiederaufnahmeverfahren im Fall Sechenbach.

Berlin, 23. Juli. Das Gesetz über die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Urteile der Bayerischen Volksgerichte ist am 13. Juli in Kraft getreten. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat Felix Sechenbach, der bekanntlich am 20. Oktober 1922 zu Unrecht vom Münchener Volksgericht zu 11 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt und am 20. Dezember 1924 unter Fiktion von Bewährungsfrist begnadigt wurde, seinen Verteidiger beauftragt, das Gesetz um Wiederaufnahme des Verfahrens in Angriff zu nehmen, und nach Fertigstellung einzureichen. Ueber den Antrag auf Wiederaufnahme hat zunächst die Münchener Staatsanwaltschaft entschieden. Gibt sie dem Antrag nicht statt, dann steht dem Verurteilten das Recht zu, die Entscheidung des Reichsgerichts anzufordern, vor dem auch der Wiederaufnahmeprozess stattfinden wird.

Wie uns die Reichsbahndirektion Münster mitteilt, werden für den Verkehr mit den ostfriesischen Inseln sog. Commonsonische Fahrkarten und Blankofahrten 1.—4. Klasse ausgeben und zwar nach und von Borkum über Emden Außenhafen, nach und von Juist über Norddeich, nach und von Langeroog über Esens (Ostfriesland), nach und von Norderne über Norddeich, Bremerhaven, Cuxhaven, nach und von Spiekeroog über Carolinenhof, nach und von Wangerooge über Carolinenhof, Wilhelmshafen, oder Bremerhaven.

Die im Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif, Teil 1, vorgesehenen Fahrpreismäßigungen des öffentlichen Verkehrs für Kinder, Fahrten nach und von Ferienkolonien, für gemeinschaftliche Reisen größerer Gesellschaften (Gesellschaftsfahrten) usw. sind auch auf den Verkehr mit den Nordseebädern ausgedehnt worden.

Darüber hinaus wird die zur Ausnahme in ein Hospiz (Kinderheim usw.) auf den Inseln bestimmten Kinder bis zum vollendeten 16. Lebensjahre (in Ausnahmefällen bis zum 17. Lebensjahre) und für die zur Aussicht beigegebenen Begleitpersonen sowohl auf den festländischen Eisenbahnstrecken als auf den Schiffs- und Inselbahnstrecken die besondere „Fahrpreismäßigung zur vorübergehenden Unterbringung hilfsbedürftiger Stadtkinder auf dem Lande“ gewährt, wenn die in

den besonders bekanntgegebenen Bedingungen für die Fahrpreismäßigung gegebenen Vorschriften erfüllt sind. Der Fahrpreis beträgt für die Kinder und die zur Aussicht beigegebenen Begleitpersonen bei Beförderung in der 3. Wagenklasse der Eisenbahn oder Personenzug 4. Klasse des Fahrpreises 4. Klasse. Bei Kindern im Alter unter 10 Jahren werden 2 Kinder als eine Person gerechnet. — Ein einzelnes Kind unter 10 Jahren hat den 4. Teil des Fahrpreises 4. Klasse ohne weitere Ermäßigung zu zahlen. Die Abfertigung der Kinder geschieht mit besonderem Beförderungsschein.

Für Sonntagsausflüge nach den ostfriesischen Nordseebädern werden Sonntagsrückfahrkarten für von Hall zu Hall zu verbindenden Verbindungen zu ermäßigten Preisen ausgeben. Diese Karten gelten nur für Personenzüge. — Neuerdings werden bei genügender Beteiligung auch besondere Sonntags-Sonderzüge zu ermäßigten Fahrpreisen im Verkehr mit den Nordseebädern gefahren.

Im übrigen gelten die gewöhnlichen Fahrkarten für die Dampfschiffe Klein- und Inselbahnstrecken nur solange, als nach den veröffentlichten Fahrplänen Fahrten stattfinden. — Für den Verkehr mit Borkum über Emden Außenhafen, mit Norderne über Norddeich und mit Wangerooge über Carolinenhof werden Fahrkarten während des ganzen Jahres ausgeben.

Hochverrat auf der Bühne.

W. Leipzig, 22. Juli. Vor dem Staatsgerichtshof am Schluß der Republik hatte sich gestern der Schauspieler und Schriftsteller Josef Gärtner, genannt Koll, aus Stuttgart wegen Beihilfe zum Hochverrat und Vergehens gegen das Republik-Schutzgesetz zu verantworten. Gärtner der 1919 wegen seiner Betätigung in der Räterepublik vom Landgericht zu 1 Jahre 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hatte in Stuttgart die künstlerische Leitung der zehnjährigen Gründungsfeier der württembergischen Kommunistischen Partei am 11. November 1924 übernommen. Bei dieser Feier trug Gärtner Gedichte von John Henry Maly, Erich Mühsam, Ernst Toller u. a. vor. Auch leitete er die Aufführung eines Theaterstückes „Die Masse“, indem er als Prolog den Gesang der gefangenen Proletarier vortrug. In einigen Gedichten kommt der revolutionäre Wille zum Ausdruck. Da G. selbst Mitglied der Kommunistischen Partei ist, erblickte die Anklage in den Vorträgen eine Aufforderung zum Hochverrat. Die Verteidigung hatte den Präsidenten der Deutschen Bühnengenossenschaft, Gustav Kieckhefer, geladen, der als Sachverständiger bekunden sollte, daß in den fraglichen Werken eine Aufforderung bzw. Beihilfe zum Hochverrat nicht erblickt werden könne. Das Gericht lehnte jedoch die Vernehmung Kieckhefers ab. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren und 150 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf ein Jahr und 3 Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe. Zwei Monate und die Geldstrafe werden auf die erlassene Untersuchungshaft angerechnet.

Der eifersüchtige Schäferhund.

Ein fünf Wochen altes Kind totgebeissen. Ein eigenartiger und tragischer Unfall, bei dem ein fünf Wochen altes Kind von einem Schäferhund totgebeissen wurde, beschäfftigt gegenwärtig die Berliner Kriminalpolizei. Die Ehefrau Goldt aus der Greifstraße Nr. 29 hatte vor einigen Tagen von der Säuglingsfürsorge ein fünf Wochen altes Kind in Pflege genommen. Nachmittags ging die Frau fort, um Einkäufe zu besorgen. Sie ließ das Kind in der Wohnstube im Bett liegen zuruck. Sie ließ das Kind ein vier Jahre alter Schäferhund, den die Familie bereits seit vielen Jahren in ihrem Besitz hat, lag. Das Tier ist bisher nicht bißig gewesen und war stets gefügig. Als die Frau nach kurzer Abwesenheit von den Beforgungen nach ihrer Wohnung zurückkehrte, bot sich ihr ein schrecklicher Anblick dar. In der Stube lag das kleine Kind mit starken Wunden an Kopf und Rücken tot auf dem Erdboden. Der Schäferhund hatte, während die Frau ihre Einkäufe besorgte, die Verbindungstür von der Küche zur Wohnstube selbst geöffnet. Viel leicht hatte sich das Kind durch lautes Weinen bemerkbar gemacht und dadurch den Hund an sich gelockt. Die Beamten der Kriminalpolizei brachten den Schäferhund zur Untersuchung nach dem Kreisgericht, der keine Anzeichen von Tollwut feststellte, so daß dieser Fall keinerlei Anlaß zu einer neuen Hundepolizei bieten dürfte. Man nimmt an, daß das Tier, wie dies bereits oft in anderen Fällen beobachtet werden konnte, aus Eifersucht gehandelt hat. Frau Goldt hatte das Kind selbst fortgesetzt bemerkt. Dies merkte der Hund, fühlte sich dadurch wohl zurückgelockt, fiel in dem unbewachten Augenblick über das Kind her und brachte diesem die tödlichen Bisse zu.

Um die „Laubfrösche“.

Eine interessante Klage aus der Automobilindustrie. Die französische Autofirma Citroen — der „französische Ford“ — führt gegenwärtig einen erbitterten Kampf gegen die deutsche Autofirma Opel. Die Franzosen behaupten, der bekannte kleine Opel-Wagen, der sogenannte „Laubfrosch“, der gegenwärtig in Serien von fast 100 Stück täglich hergestellt wird, oder doch wenigstens die Opel-Zweifertypen, sei Punkt für Punkt eine glatte Nachahmung des Citroen-Kleinwagens.

Nun ist, wie das Berl. Tagebl. berichtet, zu bemerken, daß Citroen in Deutschland gar keine Patente besitzt, aber die Firma stützt sich auf ein vor längerer Zeit ergangenes grundlegendes Reichsgerichtsurteil, das in gewissen Fällen gewerblichen Rechtsschutz über den Umfang des Patents und Musterrecht hinaus zubilligt, nämlich dann, wenn eine fremde Fabrikationsanordnung in jeder Einzelheit und so stonisch nachgeahmt ist, daß es sich offenbar um einen sittenwidrigen geistlichen Diebstahl handelt. Die Firma Opel bestreitet das natürlich sehr energig.

In der Klage, die Citroen gegen Opel deswegen angestrengt hat, stand dieser Tage — am 10. Juli — vor der Spezialkammer für Patentsachen des Landgerichts I Termin an. Der Vertreter der fraglichen Firma stellte den Antrag, der Firma Opel vorerst auf zwei Jahre die Herstellung der kleinen Zweifertypen zu untersagen. Der Anwalt der deutschen Autofirma verlangte Sicherstellungsleistungen für die Prozesskosten, da es sich um eine ausländische Firma handelt. Demgemäß wurde der Firma Citroen auferlegt, durch D-Bankgarantie in Höhe von 50.000 Mk. für die Prozesskosten dreier Instanzen zu stellen. Ist das geschehen, so soll im nächsten Termin, Ende Oktober, verhandelt werden.

Auf Anfrage teilt die Direktion der Firma Adam Opel dem genannten Blatt das folgende mit: „Zutreffend

ist lediglich, daß die Firma Citroen, ohne sich auf einen Patentschutz stützen zu können, eine Klage gegen die Firma Opel wegen des Zweiferters eingereicht hat. Das Gericht hat ihr zunächst ausgeben, einen erheblichen, der Summe nach noch nicht feststehenden, Projektkostenbeitrag sicherzustellen, bevor in eine sachliche Verhandlung eingetreten wird. Im übrigen sind die von der Firma Citroen in der Klage erhobenen Ansprüche völlig unbegründet. Die Firma Opel wird leben, der von der Firma Citroen unzutreffende Behauptungen übernimmt oder verbreitet, in vollem Umfang ersatzpflichtig machen.

Ueberfall auf einen italienischen Abgeordneten.

X Rom, 23. Juli. (Tel.) Der demokratische Abgeordnete Amendola, einer der Führer der Opposition, ist in der Stadt Montecatini in Toscana von Faschisten durch Angriffe und Drohungen zur schleunigen Abreise gezwungen, dann im Auto auf der Landstraße überfallen worden. Amendola war schon einmal, nämlich am Weihnachtstag 1923, in Rom das Opfer eines politischen Ueberfalls. — Die amtliche Darstellung besagt, daß auf die Nachricht von der Ankunft Amendolas sich über 1000 Faschisten vor dem Hotel in Montecatini, in dem er abgeblieben war, versammelten. Nach der Erzählung Amendolas überfielen die Faschisten das Gitter des Hotelgartens und drangen in das Hotel ein. Es gelang dem Abgeordneten und seinem Sekretär, sich in einen anderen Flügel des Hotels zu flüchten und sich dort vor den folgenden Faschisten zu verbergen. Schließlich konnte ein faschistischer Abgeordneter aus dem benachbarten Lucca seine Parteigenossen veranlassen, Amendola im Auto aus dem Hotel abzuholen zu lassen. Zu seiner Sicherheit folgte ihm ein Kraftwagen mit Carabinieri, führte aber auf halber Strecke nach Montecatini zurück. Kurz darauf fand das Auto, worin Amendola saß, mitten in der Nacht die Straße gewaltsam verperrt und es tauchten aus der Dunkelheit 15 Personen auf, die den Abgeordneten mit Knüppeln bearbeiteten und ihm am ganzen Körper Verletzungen beibrachten. Später ließen sie ihn wieder frei, und Amendola konnte im Hospital von Pistoia seine Wunden verbinden lassen. Dann benutzte er den Schnellzug nach Rom. Sein Zustand ist infolgedessen nicht unbedenklich, als Komplikationen nicht ausgeschlossen sind, da eine Stirnblutung droht. Die faschistische Presse führt diesen Ueberfall auf die Angriffe der Oppositionsparteien zurück, die sich gegen die Regierung und die faschistische Partei richten.

Aus Westdeutschland.

Anschlußkarten für Sonderzüge. Hierzu teilt uns die Westfälische Reichsbahndirektion Münster folgendes mit: Die Sonderzugreisenden nach Basel und anderen schweizerischen Grenzstationen haben die Möglichkeit, die Anschlußkarten für Schweizer Strecken (Fahrstrecke, zusammenstellbare schweizerische Fahrkarten, Rundreisekarten usw.) schon im Voraus bei allen Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros zu lösen. Für die Reisenden bedeutet die Vorauslösung der Anschlußkarten eine große Annehmlichkeit, da sie nicht dem auf der Uebergangsstation zu erwartenden Andrang ausgesetzt sind, sich unzulässig um die Erledigung der Bahn- und Zollangelegenheiten bemühen können und eine größere Gewähr für das Erreichen der Anschlußzüge haben. Den Reisenden von Sonderzugskarten nach schweizerischen Grenzstationen kann daher die Vorauslösung der Anschlußkarten bei den M. E. R.-Ausgabestellen nur empfohlen werden.

X Hamm, 23. Juli. (Weim Baden ertrunken) Ist gestern der Arbeiter Wilhelm Schütte im Germania-Ad. Sch. der Epileptiker war, habe entgegen seiner Gewohnheit einmal im Schwimmbad. Er bekam einen epileptischen Anfall, schlug plötzlich um sich und ertrank. Bergungsversuche hatten keinen Erfolg.

X Dortmund, 23. Juli. (Zwei Westmolester.) Zwei junge Leute von hier im Alter von 19 und 20 Jahren haben eine Wette abgeschlossen, wonach sie in 12 Jahren um die Welt pilgern müssen. Falls sie die Wette gewinnen, winkt ihnen ein Preisgeld von 50.000 Mark. Sie sind am Montag von hier abmarschiert. Ihr Weg geht zunächst ostwärts durch Finnland, Rußland, Sibirien, die Mongolei, China nach Indien. Jenseits des großen Wassers müssen sie sämtliche Staaten Nord- und Südamerikas durchwandern.

X Menden, 23. Juli. (Verblüht) Ist hier bei der Fa. Klusen, die ein Arbeiter, der damit beschäftigt war, in einer heißen Flüssigkeit schmutzige Teile abzuwaschen und dabei infolge eines Krampfanfalles in die Flüssigkeit fiel. Als der Vorfall nach einigen Minuten bemerkt wurde, waren schon Kopf, Gesicht und andere Körperteile verbrannt. Der Verunglückte ist inzwischen an den Folgen der Verletzungen gestorben.

X Heeren-Werve, 23. August. (Auf graulige Art verunglückt.) Gestern vormittag war der Arbeiter Karl Stollfuß von hier an der Fördermaschine damit beschäftigt, die Lager der Seilseilen zu schüttern. Ansehend hatte er die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen nicht beachtet und das Lager an der anderen Seite durch Durchtreten des Oberkörpers durch die Seilseilen zu schüttern versucht. Hierbei wurde die Fördermaschine in Betrieb gesetzt und St. buchstäblich in Stücke geschnitten. Stöße